



Für eine entschlossene und besonnene Reaktion auf Putins Krieg

Impulse für zivile Lösungswege

Sicherheit neu denken - gerade jetzt!

Orientierungs-Angebote
zur freien Verwendung

AG Zivile Krisenintervention
Initiative Sicherheit Neu Denken
www.sicherheitneudenken.de

19.März 2022

Inhaltsübersicht

Vorwort	3
1 <i>Zusammenfassung</i>	4
Präsident Putin mit entschlossener Klarheit und Konsequenz und mit Signalen zur Deeskalation begegnen	
2 Forderung nach sofortiger Beendigung des durch nichts zu rechtfertigenden Angriffskrieges durch Russland	8
3 Wertschätzung für die langjährigen diplomatischen Bemühungen	12
4 Der Krieg in der Ukraine: Auch Folge mangelnder Konfliktsensibilität?	12
5 Deutschland und die USA haben 1990 die Nicht-Erweiterung der NATO nach Osten mündlich zugesagt	15
6 Fokus Deeskalation der Gewaltspirale	19
Deeskalierende Optionen der NATO	19
Deeskalierende Optionen der EU	21
Die Option Internationaler Vermittlung	23
Die Option aktiven zivilen Widerstands	24
7 Perspektive Europäische Friedens- und Sicherheitsordnung	27
8 Fokus Aufnahme von Flüchtenden	29
9 Fokus „Zeitenwende“	30
10 Fokus Haushaltsberatungen	33
11 Fokus Atomwaffenverbotsvertrag	36
12 Fokus Klimakrise	37
Rethinking Security Report 2022	37
Peace for Future	37
Spenden	39
Sicherheit neu denken	40
Links, Schaubilder Friedenslogik und Konflikteskalationsstufen	42

Vorwort

Angesichts des Kriegs in der Ukraine stehen wir alle vor einem Dilemma. Natürlich würden wir die Menschen in der Ukraine gern schützen. Doch eine Flugverbotszone wäre wohl nur um den Preis einer weiteren Ausdehnung des Kriegs und des damit verbundenen Leids zu realisieren - bis hin zur Gefahr eines Atomkriegs.

Wir fühlen uns ohnmächtig angesichts der Brutalität, mit der Präsident Putin versucht, seine Ziele mit Gewalt durchzusetzen – und deren Erreichung doch gerade dadurch selbst unmöglich macht.

Hinter jedem Krieg steht ein mehr oder weniger komplexer Konflikt. Auf der Suche nach Wegen, diesen Krieg und möglichst schnell und mit möglichst wenig weiterem Leid zu beenden, scheint es uns unabdingbar, die Komplexität des Konflikts in seiner Gänze wahr- und anzunehmen.

Auch wir, die Autor*innen dieser Impulse, kennen viele Aspekte dieses Konflikts nicht oder wissen nur wenig darüber. Nicht eine/r von uns ist jemals in der Ukraine gewesen und/oder hat dort gar gelebt.

Von daher bieten wir alles, was wir an Impulsen zusammengetragen haben, mit bewusster Zurückhaltung zur Betrachtung und zur Diskussion an. Es geht uns nicht darum, Recht zu haben oder zu bekommen. Es geht uns um gegenseitiges Verständnis zugunsten einer schnellen Beendigung des Kriegs.

Diese Impulse beleuchten insbesondere eigene Konfliktanteile, die den meisten von uns unbewusst sind. Wir wollen damit nicht den brutalen Angriffskrieg Präsident Putins auf die Ukraine rechtfertigen. Und die Geschichte lehrt, dass wir ohne Betrachtung der Gründe, warum ein Konflikt entstanden ist, nicht erkennen können, wie er zu lösen ist.

Dieser Krieg lässt sich nicht mit Gewalt lösen. Weder NATO noch die UN halten es für verantwortbar, gegen Präsident Putin z.B. eine Flugverbotszone mit Gewalt durchzusetzen. Dann aber bleibt uns nur der mühevoll Weg, uns um Verständigung zu bemühen, wollen wir zu einem möglichst schnellen Ende des Leids in der Ukraine beitragen.

Uns ist bewusst, dass Präsident Putin diesen Krieg auch führt, weil er seine inzwischen fast diktatorische Macht von den Demokratiebewegungen in Belarus und der Ukraine bedroht sieht. Es geht um den Schutz von Menschenrechten – die Frage ist, wie diese am besten und nachhaltigsten geschützt werden können.

Die Berghof Stiftung hat heute, am 17. März 2022, 11 friedenspädagogische Denkanstöße für den Umgang mit dem Ukraine-Krieg veröffentlicht, deren Geist wir uns verpflichtet fühlen¹:

1. Solidarität zeigen und die Zivilgesellschaft stärken,
2. Geflüchtete begleiten und Unterstützung anbieten,
3. Gespräche ermöglichen, aktiv zuhören, Perspektiven wechseln,
4. Informationen hinterfragen und Standpunkte differenzieren,
5. Krieg analysieren und Hintergründe erfragen,
6. Politische Reaktionen reflektieren, Diplomatie und gewaltfreie Alternativen ausbauen,
7. Dialoge organisieren und Gemeinsamkeiten suchen,
8. Wertorientierung sichtbar machen und Dilemmata erkennen,
9. Frieden vorbereiten und gewaltfreie Handlungsansätze entwickeln,
10. Unsicherheiten erkennen, Widersprüche aushalten und sich selbst schützen,
11. Friedensvorbereitung und Klimaschutz zusammendenken.

Für die AutorInnen-Gruppe

Ralf Becker

¹ siehe <https://berghof-foundation.org/news/friedenspaedagogische-denkanstoesse-fuer-den-umgang-mit-krieg>

1 Zusammenfassung

Präsident Putin mit entschlossener Klarheit und Konsequenz und mit Signalen zur Deeskalation begegnen

1. Wir fordern die sofortige Beendigung des Angriffskriegs durch Russland.

2. Wir unterstützen, dass dem von Präsident Putin begonnenen Krieg mit Klarheit und Konsequenz, mit klarer Sprache und Bestimmtheit begegnet wird.

Sanktionen, so fraglich und ambivalent sie in ihrer Wirkung auch sind, sind dazu das gewaltarme Mittel der Wahl.

3. Neben Signalen der Entschlossenheit auch Zeichen zur Deeskalation senden.

Zusätzlich braucht es neben Signalen der Ge- und Entschlossenheit auch Zeichen zur Deeskalation des Konfliktes.

„Kriege sind keine stetigen Abläufe, daher müssen in jeder Phase Möglichkeiten zu Verhandlungen und Dialog mitgedacht werden. Denn ob sich die Möglichkeit zur Verhandlung öffnet, basiert auch auf der Kommunikation davor:

Enthalten zum Beispiel öffentliche Reden von PolitikerInnen neben Sanktionen und Signalen der Ge- und Entschlossenheit auch Zeichen für die Deeskalation des Konfliktes? ... Auch wenn es zu Verhandlungen kommt, ist die friedenslogische Perspektive entscheidend: Werden erlittenes Leid und die Sorgen auch der Gegenseite mitbeachtet?“²

4. Eskalationsdynamik unterbrechen.

Gewalt und Gegengewalt, auch wenn Selbstverteidigung legal ist, treiben eine Spirale der Gewalt an, die außer Kontrolle zu geraten droht.

Die Alternative zu einer Verständigung wäre der gegenseitige Vernichtungskrieg. Auf der von Prof. Glasl entwickelten Skala der Konflikt-Eskalation³ bewegt sich der Ukraine-Krieg bereits zwischen Stufe 7 und 8 von 9 Stufen und tendiert zu Stufe 9: „Gemeinsam in den Untergang“.

Die hier zusammengestellten Impulse wollen dieser Entwicklung vorbeugen.

5. Wir benötigen ein Narrativ für Deeskalation und Gewaltreduzierung

„Weil Reden, Artikel und Diskussionssendungen den öffentlichen Diskurs beeinflussen, braucht es AkteurInnen, die inklusive und friedensfördernde Narrative weitertragen und am wichtigsten, eine friedensfördernde Logik des Denkens und Sprechens.

Daher sollten wir auch in diesem Konflikt reflektieren, welche Haltung wir zu den Entwicklungen einnehmen und welche Narrative wir weitertragen. Insbesondere muss nun, da die Sanktionen gegen Russland in Kraft sind und die Isolation des Landes deutlich geworden ist, eine Erzählung

² dito

³ Friedrich Glasl, Die 9 Stufen der Konflikteskalation, <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/272459/friedrich-glasl-9-stufen-der-konflikt-eskalation.pdf>

Raum bekommen, unter welchen Umständen Frieden denkbar wäre und welche Schritte zu De-
eskalation und Gewaltreduzierung beitragen können.“⁴

Diese Orientierungs-Bausteine verstehen sich exakt in diesem Sinne.

6. Die langjährigen diplomatischen Bemühungen waren richtig.

Sie sind vorerst gescheitert, weil sie nicht weit genug gingen und nicht konsequent genug
verfolgt wurden.

7. Die Spannungen zwischen Russland und der Ukraine haben sich seit der Zusage der NATO-Beitrittsperspektive für die Ukraine 2008 aufgebaut.

Es wurde versäumt, die in den 90er Jahren allseitig getragene und erhoffte Perspektive einer
tragfähigen Europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung konsequent zu verfolgen und zu
realisieren.

George Kennan, Urheber der von den USA seit 1947 verfolgten Containment-Politik zur Eindäm-
mung der Sowjetunion, hat bereits 1997 vor den Folgen der NATO-Osterweiterung als "verhäng-
nisvollem Fehler" gewarnt, als einer Treiberin von Nationalismen.

8. Frieden und Verständigung benötigen Perspektivwechsel

Die Perspektive Russlands einzunehmen, heißt nicht, diese zu teilen. Zur Vermeidung
eines langjährigen Abnutzungskriegs auf beiden Seiten braucht es Angebote gesichtswahrender
friedlicher Lösungsmöglichkeiten für beide Präsidenten.

So ist z.B. das KSE-Anpassungsabkommen zur Begrenzung konventioneller Streitkräfte in Eu-
ropa nicht in Kraft getreten, obwohl Russland es 2004 ratifiziert hat. In der NATO blockierten die
USA die Ratifizierung des AKSE-Vertrags, nachdem George W. Bush 2001 sein Amt als Präsi-
dent angetreten hatte.

Es bedarf der herausfordernden Energieleistung des Perspektivwechsels, also der Betrachtung
von Konflikten auch aus der Perspektive des/r KonfliktpartnerIn, um Frieden und Versöhnung zu
ermöglichen. In diesem Sinne verstehen sich diese Orientierungs-Bausteine. Perspektiven aus
Sicht Russlands wahrzunehmen, heißt nicht, diese zu teilen. Erklären heißt nicht Rechtfertigen
oder Entschuldigen.

Perspektiven verstehen heißt nicht, sie zu akzeptieren. Verstehen heißt, sich um die Analyse zu
bemühen, warum jemand so handelt, wie er/sie handelt. Erst auf der Grundlage gegenseitigen
Perspektivwechsels ist ein Gespräch auf Augenhöhe möglich.

9. Den Krieg mit „sowohl/als auch“ statt „entweder/oder“ überwinden.

Jeder Konflikt, der eskaliert - und ein Krieg erst recht -, führt dazu, komplexes Denken
zugunsten von Vereinfachungen sowie klaren Freund-/Feind-Bildern aufzugeben.
Demgegenüber sollten wir darauf beharren, die gesamte Geschichte und Dynamik dieses
Konflikts zu beleuchten, was häufig bedeutet, nicht auf ein „entweder/oder“, sondern auf ein
„sowohl/als auch“ zu setzen.

„Auch wenn gegenwärtig keine Kooperation möglich erscheint, ist friedenslogische Kommunika-
tion dennoch wichtig. In einer Friedenslogik (Lammers 2020) zu denken bedeutet, die aktuellen
Entwicklungen als Gewalt, die stattfindet oder bevorsteht, zu betrachten. Diese Gewalt wird nicht

⁴ Cora Bieß, Dr. Marcel Vondermaßen, Friedenslogische Reflexion in Deutschland verwendeter Narrative über den
Krieg in der Ukraine, Internationales Zentrum für Ethik in den Wissenschaften (IZEW) der Universität Tübingen,
10.03.2022, <https://uni-tuebingen.de/de/228505>

in einer Freund/Feind*in-Dichotomie gedacht, sondern ist eine Folge komplexer Konflikte, die auch die Reflexion eigener Konflikte einbezieht.

Dies gilt heute umso mehr, da Kriegssituationen komplexe Analysen erschweren, wie Werner Wintersteiner betont: ‚Jeder Konflikt, der eskaliert - und ein Krieg erst recht -, führt dazu, dass komplexes Denken zugunsten von Vereinfachungen sowie klaren Freund-/Feind-Bildern aufgegeben wird. Demgegenüber müssen wir darauf beharren, die gesamte Geschichte und Dynamik dieses Konflikts zu beleuchten, was häufig bedeutet, nicht auf ein ‚entweder/oder‘, sondern auf ein ‚sowohl/als auch‘ zu setzen.‘

Aus der Perspektive der Friedenslogik kann Konfliktbearbeitung nur kooperativ erfolgen. Der Fokus der gegenwärtigen Kriegssituation liegt aus friedenslogischer Sicht folglich darin, mögliche Schritte zu Deeskalation prozessorientiert und dialogorientiert zu denken, um weitere Eskalationsstufen zu verhindern.“⁵

Zur Dialog-Orientierung gehört gerade jetzt, möglichst viele Kontakte zur Zivilgesellschaft in Russland z.B. in Form von Partnerschaften – der Situation angepasst - weiterzuführen.

10. Friedenslogik denkt vom guten Ende her. Deeskalierende Handlungsoptionen entwickeln.

Benötigt werden Handlungsoptionen auf allen Ebenen, für alle Akteure, um den Krieg so schnell wie möglich zu beenden und über Konfliktlösungen in eine stabile Friedensordnung zu überführen. Es gilt, die Anzahl in den Blick genommener Konfliktlösungs-Varianten zu erhöhen.

11. Deeskalations-Optionen sind u.a.:

- NATO und EU könnten Russland entsprechend des Angebots von Präsident Selenskyj ihre Unterstützung zu Verhandlungen über eine zukünftige Neutralität der Ukraine mit internationalen Sicherheitsgarantien signalisieren.
- Die EU könnte Russland Verhandlungen zu einem einheitlichen Wirtschaftsraum EU/EAWU vom Atlantik bis zum Pazifik vorschlagen.
- Vermittlungs-Initiativen des UN-Generalsekretärs oder des Papstes.
- Aktiver und koordinierter, professioneller Ziviler Widerstand

Bewaffnete Widerstände dauern im Durchschnitt 3x so lange wie gewaltfreie. Aktiver gewaltfreier Widerstand ist gegen gewaltsame Besatzer genau so erfolgreich wie gewaltsamer Widerstand - und mit weit weniger menschlichem Leid und Tod sowie Kosten verbunden.

Anders als vielfach behauptet, ist das Ziel gewaltfreien Widerstands nicht, das Mitgefühl von Diktatoren zu wecken oder Unterdrücker zur Umkehr zu bewegen. Gewaltfreier Widerstand zielt vielmehr darauf ab, die Macht des Gegners zu schwächen, sodass dieser keinen Schaden mehr anrichten kann.

Dazu analysiert man, auf welchen Säulen seine Macht ruht, identifiziert Schwachstellen und entwickelt Strategien, um diese auszunutzen und bestimmte Säulen zum Einsturz zu bringen. Gewaltfreier Widerstand versucht gezielt, Zugang zu Ressourcen zu begrenzen, interne Konflikte zu verschärfen oder einzelne Gruppen zur offenen oder verdeckten Non-Kooperation zu bewegen.

⁵ Cora Bieß, Dr. Marcel Vondermaßen, Wir müssen den Krieg vom Frieden her denken, Internationales Zentrum für Ethik in den Wissenschaften (IZEW) der Universität Tübingen, 10.03.2022, <https://uni-tuebingen.de/einrichtungen/zentrale-einrichtungen/internationales-zentrum-fuer-ethik-in-den-wissenschaften/publikationen/blog-bedenkzeiten/wir-muessen-den-krieg-vom-frieden-her-denken/>

12. Eine inklusive Europäische Friedens- und Sicherheitsordnung verhandeln.

Die Bereitschaft, normative Differenzen anzuerkennen, auszuhalten und konstruktiv zu bearbeiten, gehört zu den grundlegenden Anforderungen jeder Konfliktlösung und insbesondere an eine nachhaltige gesamteuropäische Ordnung.

Die Tragfähigkeit der demokratischen, rechtsstaatlichen und menschenrechtlichen Werte erweist sich auch daran, inwieweit sie den friedlichen und konstruktiven Austrag sicherheitspolitischer Konflikte mit dem normativ Anderen zulässt und auf ideologische Konfrontation verzichtet.

13. Wir unterstützen das solidarische Engagement unserer Bevölkerung und der EU-Regierungen für Flüchtende und humanitäre Hilfe für Kriegsoffer.

14. Wir widersprechen der angekündigten massiven Erhöhung der Militärausgaben sowie der geplanten Festschreibung von Militärausgaben im Grundgesetz.

Wir fordern kurzfristig jährlich 10 % der geplanten Militärausgaben für einen Auf- und Ausbauplan Zivile Konfliktbearbeitung und Krisenprävention:

- Beitragssteigerungen für OSZE u. UNO, Zivile Krisenprävention u. Friedensförderung
- Ausbau Internationaler Mediation, Friedens-Attachés in jeder Deutschen Botschaft
- Instrumente / Strukturen zur konstruktiven Bearbeitung innergesellschaftlicher Konflikte
- Verankerung einer konstruktiven Konfliktkultur in der Breite unserer Gesellschaft
- Friedensbildung und Fortbildung in Sozialer Verteidigung
- Personalsteigerungen für Internationale Polizeieinsätze
- Ausbildung und Einsatz Ziviler Friedensfachkräfte
- Gesamtgesellschaftliche Aus- und Fortbildung in Ziviler Konfliktbearbeitung
- 100 Bildungs-PromotorInnen für Zivile Konfliktbearbeitung

15. Der UN-Atomwaffenverbotsvertrag ist zur Gestaltung einer verantwortlichen Zukunft alternativlos, die auf die Stärke des Rechts statt des Rechts der Stärke setzt.

Durch die Drohung Präsident Putins mit dem Einsatz von Atomwaffen ist diese Gefahr offenkundig geworden. Diese ist nur durch einen Beitritt Deutschlands und aller anderen Staaten zum Atomwaffenverbotsvertrag aufzuheben.

Die Bundesregierung sollte die NATO-Atomwaffenstaaten und Russland auffordern, eine gemeinsame Erklärung zum Verzicht auf den Ersteinsatz mit Atomwaffen abzugeben und unmittelbar nach Kriegsende Rüstungskontrollverhandlungen aufzunehmen.

16. Auch für die Lösung der Klimakrise ist eine schnelle gewaltüberwindende Verständigung mit Russland notwendig.

17. Sicherheit neu denken

Patriarchale Machtstrukturen und Denkmuster überwinden.

2

Forderung nach sofortiger Beendigung des durch nichts zu rechtfertigenden Angriffskrieges durch Russland

(weitgehend übernommener Beitrag aus *Le Monde diplomatique*)⁶

Wir sind entsetzt über den Krieg in der Ukraine und das Leid, das durch diesen Krieg entsteht.

Entsprechend der Resolution der UN-Vollversammlung vom 02.03.2022 fordern wir eine sofortige Beendigung des militärischen Angriffskrieges Russlands.⁷

Auch das höchste Gericht der Vereinten Nationen, der Internationale Gerichtshof in Den Haag, hat angeordnet, dass Russland den Krieg gegen die Ukraine sofort beenden muss.⁸

Wir fühlen uns angesichts dieses uns so nahegehenden Krieges noch ohnmächtiger und hilfloser als bei den zahlreichen anderen Kriegen, unter denen zeitgleich und seit längerem zahllose Menschen auf der Welt leiden.⁹

Ein Angriffskrieg ist per se völkerrechtswidrig. Aber die russischen Streitkräfte, die am 24. Februar in die Ukraine einmarschiert sind und das Land bombardieren, haben bereits in den ersten zehn Tagen auch gegen die Regeln des humanitären Völkerrechts verstoßen, die einen größtmöglichen Schutz der Zivilbevölkerung während des Kriegsgeschehens gewährleisten sollen.

Die Angriffe richten sich zunehmend gegen Wohnviertel, zivile Infrastrukturen wie Strom-, Gas- und Wasserleitungen und vor allem auch Krankenhäuser. Wenn sich die Kampfhandlungen lange hinziehen, könnten ukrainische Städte dasselbe Schicksal erleiden wie Grosny, das 1995 im Ersten Tschetschenienkrieg von russischen Streitkräften weitgehend zerstört wurde.

Weil die Menschen einer humanitären Katastrophe entkommen wollen, ist eine weitere Katastrophe bereits in vollem Gange: Nach zwölf Kriegstagen waren bereits über 1,5 Millionen Menschen, vorwiegend Frauen und Kinder, aus der Ukraine in die



Ein starkes Zeichen: 141 Staaten fordern in der UN-Resolution vom 2. März, "dass die Russische Föderation sofort ihre Gewaltanwendung gegen die Ukraine einstellt und von jeder weiteren rechtswidrigen Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen einen Mitgliedstaat absieht". Nur vier Staaten neben Russland lehnen die Resolution ab.⁷

⁶ Andreas Zumach, Putins Krieg, Russlands Krise, *Le Monde diplomatique*, 10.03.2022, <https://monde-diplomatique.de/artikel/!5830499>

⁷ siehe <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/un-vollversammlung-ukraine-105.html>

⁸ siehe <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/igh-zu-ukraine-101.html>, 16.03.2022

⁹ Beispielhaft seien hier die andauernden Kriege in Syrien, Libyen, Jemen, Äthiopien, Somalia und Jemen sowie im Kongo genannt.

Nachbarländer Polen, Slowakei, Ungarn und Rumänien geflohen. Das UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge (-UNHCR) geht davon aus, dass der Krieg am Ende mindestens 4,5 Millionen Menschen aus ihrer Heimat vertreiben könnte.

Wann dieses Ende kommen wird – und mit welchem Ergebnis –, ist derzeit nicht vorhersehbar. Fest steht dagegen, wer diesen Krieg vom Zaun gebrochen hat. Der russische Präsident hat nicht nur den Angriffsbefehl gegen die Ukraine gegeben, Putin hat die Invasion auch von langer Hand vorbereitet, wozu auch Lügen und systematische Täuschungsmanöver gehörten.

Westliche Diplomaten und hochrangige Gesprächspartner wie Präsident Macron und Bundeskanzler Scholz, die sich in den Wochen vor dem Angriff in direkten Gesprächen mit Putin und seinem Außenminister Lawrow um eine Deeskalation bemühten, wurden „eiskalt belogen“ und „ausgetrickst“, wie es die deutsche Außenministerin ausdrückte.¹⁰

UN-Generalversammlung für die Ukraine

Vor allem Lawrow hatte mehrfach versichert, ein Angriff auf die Ukraine sei „nicht geplant“. Dagegen wurden die Warnungen der US-Geheimdienste, die von der Biden-Administration ungewöhnlich offen kommuniziert wurden, als „bloße Hysterie“ abgetan.

Putin hat aber nicht nur „den Westen“ vor den Kopf gestoßen. Auch in der UNO ist Russland komplett isoliert. In der 77-jährigen Geschichte der Weltorganisation ist das noch keinem ständigen Mitglied des UN-Sicherheitsrats passiert. In dem 15-köpfigen Gremium schaffte es Moskau zwar noch, bei einer Dringlichkeitssitzung in der Nacht zum 26. Februar die Verabschiedung einer Resolution mithilfe seines Vetorechts zu verhindern. Aber die russische blieb die einzige Gegenstimme, während sich Indien, China und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) enthielten.

Das Scheitern der Ukraine-Resolution im Sicherheitsrat führte allerdings zu einer Dringlichkeitssitzung der UN-Generalversammlung, auf der am 2. März von den 193 Mitgliedstaaten 141 – also fast eine Dreiviertelmehrheit – für eine Resolution mit dem Titel „Aggression gegen die Ukraine“ stimmten.¹¹ Auch die VAE votierten jetzt mit Ja. Die Resolution fordert einen „sofortigen Waffenstillstand“, gefolgt von einem „bedingungslosen und vollständigen Rückzug aller russischen Streitkräfte vom Territorium der Ukraine innerhalb seiner international anerkannten Grenzen“.

Gegen diese Resolution votierten außer Russland lediglich Belarus, Nordkorea, Syrien und Eritrea. Zu den 35 Staaten, die sich enthielten, gehörten neben China, Indien und Iran auch Länder



„Der Kanzler wurde belogen, ich vom russischen Außenminister, die gesamte internationale Gemeinschaft.“¹⁰

Außenministerin Annalena Baerbock am 24.02.2022

¹⁰ Annalena Baerbock, ntv, 24. Februar 2022, <https://www.n-tv.de/politik/Baerbock-Russland-hat-uns-eiskalt-belogen-article23153413.html>

¹¹ Der Wortlaut der am 2. März verabschiedeten Resolution wurde in sechs Sprachen veröffentlicht, siehe www.undocs.org

wie Kuba oder Nicaragua, die bei früheren Abstimmungen in der Regel die Position Russlands unterstützt hatten.¹²

In der Resolution A/ES-11/L.1 heißt es, „die militärischen Angriffe der russischen Streitkräfte“ hätten „ein Ausmaß erreicht, das die internationale Gemeinschaft seit Jahrzehnten in Europa nicht mehr erlebt“ habe. Sie bekennt sich zur „Souveränität, Unabhängigkeit, Einheit und territorialen Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen“. Außerdem soll die Regierung Putin ihre am 21. Februar verkündete und von der Duma ratifizierte „Anerkennung“ der ostukrainischen Teilrepubliken Donezk und Luhansk wieder rückgängig machen.

In der Generalversammlung fiel das Votum für diese Resolution auch deshalb so deutlich aus, weil Putins Angriffsbefehl noch während der Dringlichkeitssitzung des Sicherheitsrats erfolgte, der am Abend des 23. Februar den Krieg noch in letzter Stunde verhindern wollte.

Eine solche in der UN-Geschichte beispiellose Provokation haben sehr viele Mitgliedstaaten als schweren Affront gegen die Weltorganisation wahrgenommen. Wie groß die Empörung über das Verhalten der russischen Vetomacht war, zeigt die Tatsache, dass sich bei der zweitägigen Debatte in der Generalversammlung nicht weniger als 120 Botschafterinnen und Botschafter zu Wort meldeten.

Ein derart eindeutiger „Schuldspruch“ der UN-Generalversammlung bei einem bewaffneten internationalen Konflikt ist äußerst selten. Ohnehin liegt laut UN-Charta die „Hauptverantwortung“ bei einer „Bedrohung“ oder gar dem „Bruch des Friedens und der internationalen Sicherheit“ beim UN-Sicherheitsrat. Der kann „Maßnahmen zur Friedenschlichtung“ nach Kapitel 6 der Charta beschließen oder sogar nach Kapitel 7 politische, wirtschaftliche oder militärische Zwangsmaßnahmen gegen den jeweiligen Friedensbrecher anordnen.

Als der Sicherheitsrat diese Verantwortung 1950 während des Koreakriegs nicht wahrnehmen konnte, weil er durch ein Veto der Sowjetunion blockiert und handlungsunfähig war, zog die Generalversammlung diese Zuständigkeit an sich. Am 3. November 1950 verabschiedete sie auf Antrag der USA und Großbritanniens die Resolution 377 A („Uniting for Peace“). Darin wurde für den Fall einer blockierten Resolution der Mechanismus einer emergency special session geschaffen.

Eine solche „Notstandssondersitzung“ der Generalversammlung hat es seit 1950 nur elfmal gegeben. Die elfte war die vom 2. März 2022. Mit der Resolution zu Putins Krieg in der Ukraine hat die Generalversammlung allerdings erst zum dritten Mal ein

¹² 12 der 193 Mitgliedstaaten waren bei der Abstimmung nicht anwesend, darunter Venezuela, Aserbaidschan, Usbekistan und Turkmenistan.

Mitglied des Sicherheitsrats verurteilt – und jedes Mal traf es die Regierung in Moskau: Das erste Mal im Januar 1980 nach der kurz zuvor erfolgten sowjetischen Invasion Afghanistans und das zweite Mal im März 2014, als die Generalversammlung mit 100 gegen 11 Stimmen bei 58 Enthaltungen die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Russland verurteilte.

Das ist den drei westlichen Vetomächten im Sicherheitsrat, also den USA, Großbritannien und Frankreich, bislang noch nie passiert. Sie haben es dank ihrer politischen, wirtschaftlichen und militärischen Macht noch immer geschafft, eine Verurteilung ihrer völkerrechtswidrigen Kriege oder ihrer Kriegs- und Besatzungsverbrechen zu verhindern.

Das gilt zum Beispiel für den Vietnamkrieg der USA (1964–1975), Frankreichs Krieg in Algerien (1954–1962) oder die britische Beteiligung am Irakkrieg von 2003. Als Südafrika den Versuch unternahm, diesen Krieg einer „Koalition der Willigen“ in einer Resolution der Generalversammlung als völkerrechtswidrig zu qualifizieren, konnte die damalige US-Regierung von -George W. Bush diese Initiative mit massiven Drohungen gegen Pretoria im Keim ersticken.

Das Verhalten der fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats wurde bislang nach sehr unterschiedlichen Maßstäben bewertet. Das ist scharf zu kritisieren, aber auf keinen Fall ein Grund, den Krieg gegen die Ukraine zu verharmlosen oder gar zu legitimieren. Für diesen völkerrechtswidrigen und verbrecherischen Angriff gibt es nicht die geringste Rechtfertigung.

Putins Propagandalügen vom „Genozid“ im Donbass oder der „Naziregierung“ in Kiew sind ohnehin zu absurd. Das gilt allerdings nicht für Putins Hinweise auf die Völkerrechtsverletzungen westlicher Staaten, zum Beispiel im Fall des Kosovokriegs der Nato, der ohne UN-Mandat begonnen wurde. Angesichts dessen, was 1999 im Kosovo geschah, sind mehrere der Behauptungen falsch, die derzeit im Westen von der politischen Klasse wie von vielen Medien über den militärischen Überfall auf die Ukraine verbreitet werden.

Putin hat weder „den ersten Krieg gegen die Europäische Friedensordnung“ angefangen noch „zum ersten Mal in Europa gewaltsam Grenzen verletzt“ und damit als Erster gegen die UN-Charta, die KSZE-Schlussakte von Helsinki oder die Pariser „Charta für ein neues Europa“ von 1990 verstoßen.

Diese Argumentation lässt außer Acht, dass die Nato bereits 1999 mit ihrem völkerrechtswidrigen Luftkrieg gegen Serbien und Montenegro zum ersten Mal militärische Mittel zur Lösung politischer Konflikte eingesetzt hat. Und dass der Westen mit der Anerkennung der Sezession des Kosovo von Serbien erstmals nach 1990 in Europa das Prinzip aufgekündigt hat, wonach Grenzen nicht gewaltsam verändert werden dürfen.

3

Wertschätzung für die langjährigen diplomatischen Bemühungen und die klare und geschlossene Reaktion auf den Krieg

Das bis zum Beginn des Krieges am 24.02.2022 anhaltende intensive diplomatische Bemühen der Bundesregierung und ihrer Vorgänger verdient nachhaltige Anerkennung.

Es war richtig, verantwortungsvoll und begründet – auch wenn es mangels Einsicht in eigene Beiträge zur Konflikteskalation und mangels eigener möglicher weitergehender Verhandlungsangebote die militärische Eskalation nicht verhindern konnte¹³. Dieses Bemühen im Nachhinein herabzuwürdigen, wird der Sache nicht gerecht.

Und wir unterstützen, dass dem von Präsident Putin begonnenen Krieg seitens der EU und international mit Klarheit und Konsequenz, mit klarer Sprache und Bestimmtheit begegnet wird.

Sanktionen, so fraglich und ambivalent sie in ihrer Wirkung auch sind, sind dazu neben der eindeutigen Resolution der UN-Vollversammlung das gewaltarme Mittel der Wahl.

4

Der Krieg in der Ukraine: Auch Folge mangelnder Konfliktsensibilität?

Mit der am 27.02.2022 im Deutschen Bundestag erfolgten Ankündigung eines einmaligen Sondervermögens für die Bundeswehr in Höhe von 100 Mrd. Euro sowie zukünftiger jährlich drastisch steigender Verteidigungsausgaben in Höhe von über 2 % unseres BIPs versucht Olaf Scholz sich und die Bundesregierung von einer langanhaltenden Spannung zu befreien. Eine Spannung, die sich wesentlich seit der Zusage eines NATO-Beitritts gegenüber der Ukraine und Georgien im Jahr 2008 zwischen der NATO und Russland aufgebaut hat.¹⁴



"Ein Land kann nicht zugleich Mitglied einer Zollunion sein und in einer weitreichenden Freihandelszone mit der EU."

EU-Kommissionschef José Manuel Barroso am 25. Februar 2013 gegenüber dem ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch¹⁵

¹³ Prof. Dr. Johannes Varwick, „Das Angebot hat nicht gereicht“, taz, 23.02.2022, <https://taz.de/Politologe-zu-Putins-Eskalation/!5837350/>

¹⁴ Natürlich haben auch die demokratischen Revolutionen in der Ukraine und anderen Ländern, insbesondere der Aufstand in Belarus zum Aufbau dieser Spannungen beigetragen, indem diese das despotische Machtssystem Wladimir Putins gefährden. Weitere Spannungsfaktoren zwischen der NATO und Russland werden im folgenden beleuchtet.

Auch der seit 2013 aufgebaute Druck der EU gegenüber der Ukraine, diese müsse sich zwischen einem Beitritt zur EU oder zur Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) mit Russland entscheiden¹⁵, hat die Spannungen innerhalb der Ukraine und zwischen Russland und dem Westen zusätzlich erhöht und 2014 zu einer ersten Spannungsentladung durch Russlands völkerrechtswidrige Annexion der Krim geführt.

Die Ostukraine und Russland waren seit jeher ein einheitlicher Wirtschaftsraum ohne Zollgrenzen. Von daher trugen alle – wechselnden - knappen Mehrheitsentscheidungen der Ukraine für oder gegen die EU und EAWU sowie für oder gegen einen NATO-Beitritt bereits in sich einen Impuls zur zunehmenden Spaltung des Landes.

Hätte die EU, hätte der Westen auf diese inneren Spannungen der Ukraine und der damit verbundenen und stetig zunehmenden Spannungen auch zwischen der EU sowie der NATO mit Russland ähnlich konfliktensibel reagiert wie in Nordirland bei der Aushandlung des Brexits, hätte der aktuellen Gewalteskalation wie heute wahrscheinlich vorgebeugt werden können.

Für die Zollgrenze zwischen der EU und Großbritannien in Nordirland wurden kreative Lösungen gefunden, die dort bisher – wenn auch noch nicht dauerhaft gesichert – eine gewaltsame Eskalation des dortigen Konflikts verhindert haben.

Ebenso hat es die Ukraine versäumt, ihren russischsprachigen BürgerInnen in der Ostukraine – wie in Minsk II vereinbart – eine weitgehende Autonomie einzuräumen, was 1918 bei einem ganz ähnlichen fast militärischen Konflikt zwischen Finnland und Schweden um die Åland-Inseln zur dauerhaften Befriedung geführt hat.¹⁶

Und welche andere Entwicklung hätte sich womöglich ergeben, wenn wir entschiedener Einfluss genommen hätten, um das ukrainische Parlament zu einer deeskalierenden Sprachenpolitik zu bewegen, als es 2019 Russisch als Amtssprache mit Wirkung zum 1. Januar 2022 verboten hat.¹⁷



„Der Westen hat gute Gründe, über eigene gemachte Fehler nachzudenken. Warum man 2007 nicht ernster genommen hat, was damals von Wladimir Putin vorgebracht wurde. Warum man 2008 den Vorstoß der amerikanischen Regierung [zur Eröffnung einer NATO-Beitrittsperspektive für die Ukraine und Georgien] nicht noch viel vehementer zurückgewiesen hat, nämlich – aus russischer Sicht – das Überschreiten einer roten Linie.“⁸³

MSC-Vorsitzender Wolfgang Ischinger auf der Bundespressekonferenz am 14.02.2022

¹⁵ Der damalige Präsident der EU-Kommission, José Manuel Barroso, erklärte im Februar 2013 hinsichtlich einer möglichen Zollunion der Ukraine mit Russland, ein Land könne nicht Mitglied einer Zollunion sein und zugleich in einer weitreichenden Freihandelszone mit der EU. Die Ukraine müsse sich entscheiden, welchen Weg sie einschlagen wolle.

Siehe https://de.wikipedia.org/wiki/Ukraine_und_die_Europäische_Union und <http://www.derwesten.de/politik/ukraine-will-sich-nicht-auf-eu-festlegen-id7657836.html>

¹⁶ Forum Crisis Prevention, siehe <https://sicherheitneudenken.eki-musterhausen.de/html/media/dl.html?v=191548>

¹⁷ siehe <https://www.derstandard.de/story/2000102038947/ukrainische-parlament-beschliesst-gesetz-gegen-russische-sprache> sowie <https://m.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/ukraine-neues-sprachgesetz-soll-das-russische-zurueckdraengen-17736397.amp.html>

⁸³ siehe <https://www.ardmediathek.de/video/phoenix-vor-ort/msc-report-mit-wolfgang-ischinger/phoenix/Y3JpZDovL3Bob2VuaXguZGUvMjUwOTI1OA>

In einem ganz ähnlich eskalierten Konflikt um die Autonomie und die Sprachenrechte der großen russischen Minderheiten in Estland und Lettland intervenierten 1991 noch zahlreiche europäische Institutionen unter Federführung der OSZE und konnten dadurch eine damals ebenfalls drohende militärische Intervention Russlands verhindern.¹⁸

Zu einer vollgültigen Demokratie gehört auch die Anerkennung von Minderheitenrechten, die viele in Russland und in der Ostukraine bezüglich der großen russischsprachigen Minderheit in der Ukraine mit Recht drastisch beschnitten sehen. Der von Präsident Putin erhobene Vorwurf eines Genozids ist allerdings abwegig.

Auch Russland hat sich seit langem im Konflikt mit der Ukraine eskalierend verhalten, das ist gar keine Frage. Doch ist es wirklich reell, allein Präsident Putin für die Konflikteskalation verantwortlich zu machen? Blenden wir da nicht unsere eigene Mitverantwortung für den aktuellen Krieg zu weit aus?

Präsident Putin hat sich zweifelsfrei in den letzten Jahren radikalisiert und in irrealen Vorstellungen hineingesteigert – doch das ist wahrscheinlich auch eine Folge seiner über zwei Jahrzehnte hinweg vergeblichen Versuche, essentielle Konfliktthemen zwischen Russland und der NATO sowie der EU durch Gespräche und Verhandlungen zu lösen.

Nichts davon rechtfertigt die aktuelle brutale verbrecherische Gewalt in der Ukraine. Doch diese Gewalt und das aktuelle Leiden in der Ukraine rechtfertigen ebenso wenig, unsere eigenen Anteile an dieser Gewalteskalation auszublenden und Präsident Putin im Nachhinein eine jahrelang planvoll angestrebte Gewalteskalation zu unterstellen.

Wladimir Putin hat seit seiner Rede im Deutschen Bundestag 2001 mehrfach und immer deutlicher betont, dass die zunehmende NATO-Osterweiterung eine rote Linie für die Sicherheitsinteressen Russlands berühre. So warnte er bei seiner Brandrede 2007 auf der Münchner Sicherheitskonferenz die Nato bereits sehr klar, weiter Richtung Osten zu rücken.¹⁹

Oberst a.D. Wolfgang Richter von der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik der Stiftung Wissenschaft und Politik legt in seinen Artikeln dieser Stiftung und der Bundeszentrale für Politische Bildung eindrucksvoll dar, welche Mitverantwortung der Westen



„Der Westen trägt eine Mitverantwortung für die Ukraine-Krise und die vorhergehende Erosion der Europäischen Sicherheitsordnung.“

Oberst a.D. Wolfgang Richter, Forschungsgruppe Sicherheitspolitik der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), 05.09.2016 sowie 11.02.2022⁸⁴

¹⁸ Forum Crisis Prevention, siehe <https://sicherheitneudenken.eki-musterhausen.de/html/media/dl.html?v=191548>

¹⁹ siehe <https://www.merkur.de/politik/putin-siko-muenchen-russland-ukraine-sicherheitskonferenz-nato-krise-ma-jor-91357015.html>

⁸⁴ Wolfgang Richter, Der Westen trägt eine Mitverantwortung für die Ukraine-Krise, bpb, 05.09.2016, <https://www.bpb.de/themen/kriege-konflikte/innerstaatliche-konflikte/233440/meinung-der-westen-traegt-eine-mitverantwortung-fuer-die-ukraine-krise/> sowie Ukraine im Nato-Russland-Spannungsfeld: Sicherheitsvereinbarungen und Rüstungskontrolle müssen wiederbelebt werden, SWP-Aktuell 2022/A 11, 11.02.2022, <https://www.swp-berlin.org/publikation/ukraine-im-nato-russland-spannungsfeld>

für die Ukraine-Krise und die vorhergehende Erosion der Europäischen Sicherheitsordnung trägt.²⁰

Um 1990 die historische Wende zu erreichen, kam demnach der gemeinsam vereinbarten Rüstungskontrolle eine Schlüsselrolle zu. So wurden bis 1991 vertragsgemäß u.a. alle etwa 2.700 Mittelstreckensysteme zerstört, was den gegenseitigen Sicherheitsinteressen diene.

„Beim Istanbul OSZE-Gipfeltreffen 1999 unterzeichneten dann die KSE-Vertragsstaaten das KSE-Anpassungsabkommen (AKSE [zur Begrenzung konventioneller Streitkräfte in Europa]). Das KSE-Anpassungsabkommen ist nicht in Kraft getreten, obwohl Russland es 2004 ratifiziert hat. In der NATO blockierten die USA die Ratifizierung des AKSE-Vertrags, nachdem George W. Bush 2001 sein Amt als Präsident angetreten hatte.

Deutschland teilte diese Auffassung zwar nicht, wollte aber die Bündnissolidarität nicht brechen.

Obwohl der AKSE wegen der Blockade durch die USA nicht in Kraft getreten war, traten der Nato ab 2004 Staaten bei, die dem KSE-Vertragsregime nicht angehören. So entstanden an Russlands Grenzen, nämlich in den baltischen Staaten, potentielle Stationierungsräume der Allianz, die keinen rechtsgültigen Rüstungskontrollregeln unterliegen.“²¹

Im Jahr darauf hat nach Einschätzung des OSZE-Experten die Bush-Administration den georgischen Präsidenten Saakaschwili "ermutigt", im August 2008 die von UN bzw. OSZE legitimierten russischen Friedenstruppen anzugreifen.²²

5

Deutschland und die USA haben 1990 die Nicht-Ausweitung der NATO nach Osten mündlich zugesagt

Es wird vielfach behauptet, es sei eine Lüge von Präsident Wladimir Putin, dass der Westen der Sowjetunion 1990 die Nicht-Ausweitung der NATO zugesagt habe. Das stimmt nur insofern, als

²⁰ Wolfgang Richter, Der Westen trägt eine Mitverantwortung für die Ukraine-Krise, bpb, 05.09.2016, <https://www.bpb.de/themen/kriege-konflikte/innerstaatliche-konflikte/233440/meinung-der-westen-traegt-eine-mitverantwortung-fuer-die-ukraine-krise/>

²¹ Wolfgang Richter, Ukraine im Nato-Russland-Spannungsfeld: Sicherheitsvereinbarungen und Rüstungskontrolle müssen wiederbelebt werden, SWP-Aktuell 2022/A 11, 11.02.2022, <https://www.swp-berlin.org/publikation/ukraine-im-nato-russland-spannungsfeld>

²² dito

Präsident Gorbatschow damals offenbar gegen eine Geldzahlung von fünf Milliarden DM im guten Glauben auf eine schriftliche Bestätigung dieser Zusage verzichtete.²³

Mündlich sind entsprechende Zusagen in jedem Fall von Bundeskanzler Kohl sowie den Außenministern Genscher und Baker (USA) gegeben worden.²⁴ Diese Zusage bezog sich nachweislich auch auf die Staaten östlich von Deutschland, nicht nur auf Ostdeutschland, wie u.a. Andreas Zumach (unabhängiger Journalist und Mitglied des bundesweiten Koordinierungskreises unserer Initiative) als Ohrenzeuge ebenso bezeugt wie verschiedene Dokumente²⁵.

So richtete Hans-Dietrich Genscher am 31. Januar 1990 in einer öffentlichen Rede in der Evangelischen Akademie in Tutzing an die NATO die Forderung, eindeutig zu erklären, „was immer im Warschauer Pakt geschieht, eine Ausdehnung des Nato-Territoriums nach Osten, das heißt, näher an die Grenzen der Sowjetunion heran, wird es nicht geben“. Diese Sicherheitsgarantie sei für die Sowjetunion bedeutsam, denn der Wandel in Osteuropa und der deutsche Vereinigungsprozess dürften „nicht zu einer Beeinträchtigung der sowjetischen Sicherheitsinteressen führen“.²⁶

Unumstritten ist auch, dass der US-Außenminister Baker am 9. Februar 1990 im prachtvollen Katharinensaal des Kreml erklärte, die NATO werde ihren Einflussbereich »nicht einen Inch weiter nach Osten ausdehnen«, falls die Sowjets der Nato-Mitgliedschaft eines geeinten Deutschland zustimmten.²⁷

Die Vereinigung Deutschlands beruhte 1990 ganz entscheidend auf dem zwischen Bundeskanzler Kohl, SU-Präsident Gorbatschow und den Außenministern Genscher und Schewardnadse aufgebauten persönlichen Vertrauensverhältnis. In solch einem Vertrauensverhältnis gilt das gesprochene Wort.



„Bundeskanzler Kohl, US-Außenminister Baker und ich haben in Moskau zugesagt, dass die NATO nicht um neue Mitglieder aus Osteuropa erweitert werden soll.“

Außenminister Hans-Dietrich Genscher nach der Rückkehr von seinem Treffen mit Bundeskanzler Helmut Kohl und Präsident Michail Gorbatschow in Moskau am 11. Februar 1990²⁵

²³ siehe <https://www.mdr.de/geschichte/zwei-plus-vier-verhandlungen-deutsche-einheit-100.html>

sowie <https://www.sueddeutsche.de/politik/sowjetunion-nato-osterweiterung-kohl-gorbatschow-1.5494161>

²⁴ dito

²⁵ siehe „Dokumente aus westlichen Archiven stützen den russischen Verdacht.“, Der Spiegel, 22.11.2009

<https://www.spiegel.de/politik/absurde-vorstellung-a-a18a7cab-0002-0001-0000-000067871653?context=issue>, demnach sagte damals Michail Gorbatschow, „natürlich habe es eine Zusage gegeben, die Nato »keinen Daumen breit Richtung Osten auszuweiten«. Der damalige US-Botschafter in Moskau, Jack Matlock, bestätigt ebenfalls, Moskau habe eine »eindeutige Zusage« bekommen.

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher sprach demnach am 10. Februar 1990 zwischen 16 und 18.30 Uhr mit SU-Außenminister Eduard Schewardnadse - und der lange geheim gehaltene deutsche Vermerk zu diesem Gespräch hält fest: »BM (Bundesminister): Uns sei bewusst, dass die Zugehörigkeit eines vereinten Deutschlands zur Nato komplizierte Fragen aufwerfe. Für uns stehe aber fest: Die Nato werde sich nicht nach Osten ausdehnen.« Und da es in dem Gespräch vor allem um die DDR ging, fügte Genscher ausdrücklich hinzu: »Was im Übrigen die Nichtausdehnung der Nato anbetreffe, so gelte dieses ganz generell.«; weitere Belege siehe <https://www.sueddeutsche.de/politik/sowjetunion-nato-osterweiterung-kohl-gorbatschow-1.5494161>

²⁶ siehe „Ost-Erweiterung der Nato: Was versprach Genscher?“, FAZ, 19.04.2014, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ost-erweiterung-der-nato-was-versprach-genscher-12902411.html>

²⁷ siehe „Dokumente aus westlichen Archiven stützen den russischen Verdacht.“, Der Spiegel, 22.11.2009

<https://www.spiegel.de/politik/absurde-vorstellung-a-a18a7cab-0002-0001-0000-000067871653?context=issue>

Von daher ist der Vorwurf des Wortbruchs seitens des russischen Präsidenten Wladimir Putin zumindest nachvollziehbar.

In Moskau herrscht seit langem quer durch alle politischen Lager, von den Nationalpatrioten über die Kommunisten bis zur Putin-Partei »Einiges Russland«, ein politischer Konsens des Betrogen-Worden-Seins durch den Westen:

Der Westen habe sein Wort gebrochen und Russland, als es schwach war, über den Tisch gezogen.²⁸

Könnte es sein, dass es uns umgekehrt ähnlich ergehen würde?

Kein anderer als George Kennan, der amerikanische Diplomat und Historiker, der als Urheber der von den USA seit 1947 während des Kalten Kriegs verfolgten Containment-Politik zur Eindämmung des sowjetischen Imperialismus gilt, hat bereits 1997 vor den Folgen der NATO-Osterweiterung als "verhängnisvollem Fehler" gewarnt.²⁹

Kennan bedauerte insbesondere, dass diese Expansionsstrategie gegenüber einem Russland betrieben wird, das sich unter dem damaligen Präsidenten Boris Jelzin „in einem Zustand hoher Unsicherheit oder gar Lähmung befindet“.

Aber noch bedenklicher sei, „dass es für diesen Schritt überhaupt keine Notwendigkeit gibt“. Warum sollte es in den Ost-West-Beziehungen, gab Kennan zu bedenken, „angesichts all der hoffnungsvollen Möglichkeiten, die das Ende des Kalten Kriegs hervorgebracht hat, vornehmlich um die Frage gehen, wer sich mit wem – und implizit gegen wen – verbündet“.

George F. Kennan wirkte von 1926 bis 1963 als Diplomat und zuletzt als außenpolitischer Chefberater der Regierung Kennedy. Vor dem Zweiten Weltkrieg war er in Tallinn, Riga und Moskau stationiert gewesen, 1939 dann in Prag und bis 1942 in Berlin. In den Jahren 1944/45 war Kennan erneut in Moskau. Er sprach fließend Russisch und hatte – auch in Berlin – russische Geschichte studiert. Sein analytisches Verständnis für die Sicherheitsbedürfnisse und -interessen Russlands beruhte auf seinen Kenntnissen des Landes und dessen historische Traumata.

Das unterscheidet ihn von vielen, die in den aktuellen Debatten über Russland und Präsident Putin ohne historisches Hintergrundwissen sprechen und dabei die Erfahrungen und Lehren aus der Ost- und Entspannungspolitik der 1960er und 1970er Jahre nicht etwa relativieren oder überprüfen, sondern vollständig entsorgen wollen.

Im Übrigen hatte nicht nur Kennan in den 1990er Jahren vor einer Nato-Osterweiterung gewarnt. Auch andere Diplomaten und Politiker aus den USA mahnten damals an, die „legitimen

²⁸ dito

²⁹ George Kennan, A Fateful Error, New York Times, 5. Februar 1997, <https://www.nytimes.com/1997/02/05/opinion/a-fateful-error.html>

Sicherheitsinteressen“ Moskaus zu berücksichtigen. Und im wiedervereinten Deutschland kritisierte 1995 Peter Glotz, vormals Generalsekretär der SPD, in einem Spiegel-Essay mit dem Titel „Saftige Dummheit“ die Osterweiterungspläne der Nato mit Argumenten, die Kennans Intervention sogar vorwegnahmen:

„Das zieht eine neue, willkürliche Grenze durch Osteuropa, stärkt die großrussischen Kräfte in Moskau, gefährdet die Abrüstungsvereinbarungen mit Russland und schwächt die Entscheidungsfähigkeit des Bündnisses.“³⁰

Auch ein Aktenvermerk eines Treffens der politischen Direktoren der Außenministerien der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands in Bonn vom 6. März 1991 belegt, dass Briten, Amerikaner, Deutsche und Franzosen noch 1991 übereinstimmten, dass eine Nato-Mitgliedschaft der Osteuropäer »inakzeptabel« sei. Bonns Vertreter Jürgen Chrobog erklärte laut Vermerk: »Wir haben in den Zwei-plus-vier Verhandlungen deutlich gemacht, dass wir die Nato nicht über die Elbe hinaus ausdehnen. Wir können daher Polen und den anderen keine Nato-Mitgliedschaft anbieten.«³¹

Schon seit 1993 – also lange vor Putins Regime – behauptet Russland, eine Ausdehnung der Nato nach Osten verstoße gegen den Geist dieses Zwei-plus-vier-Vertrags. So sah es offenkundig auch Chrobog. Dem Vermerk nach deckt sich die russische Beschwerde mit der offiziellen Position der Bundesregierung von Kanzler Helmut Kohl (CDU) und Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) 1991.

Und auch die Amerikaner sahen 1991 die Situation wohl so, wie sie heute Putin darstellt. US-Vertreter Raymond Seitz stimmte laut Vermerk Chrobog zu und sagte: »Wir haben gegenüber der Sowjetunion klargemacht – bei Zwei-plus-vier wie auch anderen Gesprächen – dass wir keinen Vorteil aus dem Rückzug sowjetischer Truppen aus Osteuropa ziehen werden... Die Nato soll sich weder formal noch informell nach Osten ausdehnen.«

Dieser Archivbeleg passt zu einer Fülle von Dokumenten aus den Monaten nach dem Mauerfall, die inzwischen vorliegen. Allerdings traf der Westen keine völkerrechtlich bindende Vereinbarung mit dem Kreml, die eine Nato-Osterweiterung ausschließt. Vielmehr handelten 1990 viele beteiligte Politiker und Beamte auf beiden Seiten in gutem Glauben.

Natürlich stimmt es, dass in den 90er Jahren immer mehr ehemalige Ostblock-Staaten die Aufnahme in die NATO anstrebten, was ihr gutes Recht war. Wer jedoch 1990 bei den Feierlichkeiten zur Unterzeichnung der Charta von Paris dabei war, weiß, dass diese

³⁰ Peter Glotz, „Saftige Dummheit“, Der Spiegel, 17. September 1995.

³¹ „Neuer Aktenfund von 1991 stützt russischen Vorwurf“, Der Spiegel, 18.02.2022, <https://www.spiegel.de/ausland/nato-osterweiterung-aktenfund-stuetzt-russische-version-a-1613d467-bd72-4f02-8e16-2cd6d3285295>

Entwicklung erst einsetzte, als diese Länder realisierten, dass von den NATO-Staaten der Aufbau der von allen vereinbarten auch Russland inkludierenden gemeinsamen Sicherheitsorganisation unter dem Dach der OSZE nicht gewollt war.

Russland hat dann ja sogar den Aufnahmen zahlreicher ehemaliger Ostblock-Staaten in die NATO unter Bedingungen zugestimmt. Diese Bedingungen wurden nach dem Regierungswechsel in den USA ab dem Jahr 2001 jedoch immer stärker unterlaufen (*siehe Kapitel 4*).

6

Fokus Deeskalation der Gewaltspirale

Auch noch während seines Truppenaufmarsches an den Grenzen der Ukraine 2021 und bis heute betont Russlands Präsident Wladimir Putin, dass es ihm im aktuellen Krieg wesentlich um die Neutralität der Ukraine geht.³²

Inzwischen verknüpft Wladimir Putin offenbar den Krieg in der Ukraine mit seinem persönlichen Schicksal, er macht den Eindruck eines emotional sehr bewegten, sehr aggressiven Anführers, der ggfs. auch nicht vor dem Einsatz von Nuklearwaffen oder der Beschädigung von Atomkraftwerken Halt macht.³³

Deeskalierende Optionen der NATO

Angesichts der zunehmenden Brutalität Präsident Putins sind jetzt umso rationalere deeskalierende Signale des Westens, also der NATO und der EU, an Wladimir Putin notwendig. Gewalt und Gegengewalt, auch wenn Selbstverteidigung legal ist, treiben eine Spirale der Gewalt an, die diese regelmäßig außer Kontrolle geraten lässt.³⁴

³² siehe <https://www.tagesschau.de/newsticker/liveblog-ukraine-krieg-dienstag-101.html>

vom 01.03.2022 – seine ebenso genannten Ziele einer „Entnazifizierung der Regierung der Ukraine“ sowie

³³ Ulrich Kühn, Leiter des Forschungsbereichs Rüstungskontrolle und Neue Technologien am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik der Universität Hamburg: „Das wäre der völlige Wahnsinn, Russische Atomstreitkräfte in Alarmbereitschaft? Friedensforscher Ulrich Kühn befürchtet eine nukleare Eskalation – und warnt vor Rufen nach der Nato“, <https://taz.de/Waffenexperte-ueber-Russlands-Aggression!/5838971/?s=04>

³⁴ vgl. Deutsche Bischofskonferenz, 10.03.2022, <https://www.tagesschau.de/inland/bischoefe-waffenlieferungen-ukraine-krieg-103.html>

Es ist daher richtig und angemessen, dass die NATO versucht, die militärische Eskalation in Form einer Ausdehnung des Konflikts auf andere Länder zu verhindern.

Die NATO und die EU könnten Russland entsprechend des Angebots von Präsident Selenskyj³⁵ klar ihre Unterstützung zu Verhandlungen über eine zukünftige Neutralität der Ukraine mit internationalen Sicherheitsgarantien signalisieren.

Natürlich hat die Ukraine das Recht zur Selbstverteidigung mit Gewalt. Eine gewaltsame Verteidigung ist nach wissenschaftlichen Erkenntnissen allerdings regelmäßig mit weit höheren menschlichen Kosten verbunden als – wissenschaftlich nachgewiesen - gleich wirksame zivile Verteidigung.³⁶

Deutschland hätte nach der UN-Charta³⁷ wie alle anderen Nationen sogar das Recht, an der Seite der Ukrainer gewaltsam gemeinsam mit ihr zu kämpfen.

Doch wir wissen alle, dass dies angesichts des damit verbundenen Eskalationspotentials unverantwortlich wäre, weshalb schon die verständliche Bitte von Präsident Selenskyj nach einer Flugverbotszone richtigerweise von unseren verantwortlichen PolitikerInnen abgelehnt wird. Putin besitzt nun einmal das zweitgrößte Atomwaffenarsenal der Welt und ist fest entschlossen, seine Ziele jetzt mit Gewalt durchzusetzen.

Es erscheint der Weltgemeinschaft im Moment zu Recht unverantwortlich, gemeinsam mit den UkrainerInnen mit Gewalt für ihre Freiheit zu kämpfen. Es ist richtig, dass die Welt mit der klaren UN-Resolution und entschiedenen gewaltarmen Sanktionen auf den Überfall Putins reagiert – so zweischneidig Sanktionen in ihrer Wirkung auch sind.³⁸

Nach Einschätzung des Bundesnachrichtendienstes BND gibt es Stand 04.03.22 keine Hinweise darauf, dass der russische Angriffskrieg die Macht und den Einfluss von Putin gefährden würde.



„Präsident Putin möchte Anerkennung und er möchte Zugehörigkeit zu den Mächtigen auf der Weltbühne.

Und ich nehme eine Haltung wahr im Westen – das ist auch etwas, das Präsident Obama gesagt hat – dass Russland eine Regionalmacht ist. Und ich glaube, das ist sehr verletzend für ihn.

Und wenn der Westen es schafft, auf diesen Aspekt einzugehen und zu sagen, wir bleiben hart bei unseren Grenzen, Souveränität von Staaten ist unantastbar, und gleichzeitig versuchen wir auf diesen Punkt einzugehen, wenn Macron oder von der Leyen so etwas sagen würde wie ‚Russland spielt bei der Lösung aller großen globalen Krise eine Rolle‘, dann könnte ich mir vorstellen, dass das

³⁵ siehe <https://www.tagesspiegel.de/politik/absage-an-gebietsabtrennungen-selenskyj-offenbar-bereit-ueber-neutralitaet-der-ukraine-zu-verhandeln/28140644.html>

³⁶ siehe <https://www.sicherheitneudenken.de/zivile-sicherheit-ist-wirksam/chenoweth-studie/>

³⁷ Die UN-Charta wird ebenso wie die Charta von Paris allerdings sowohl von China und Russland als auch vielen anderen Staaten zunehmend anders interpretiert als von westlichen Staaten. Wir benötigen einen neuen europa- und weltweiten Dialog zur gemeinsamen Auslegung der 1945 und 1990 vereinbarten Grundlagen unseres weltweiten Zusammenlebens, siehe „Gemeinsame Erklärung der Außenminister der Volksrepublik China und der Russischen Föderation zu einigen Fragen der Global Governance unter aktuellen Bedingungen“ vom 24. März 2021, <https://russische-botschaft.ru/de/2021/03/24/gemeinsame-erklaerung-der-aussenminister-der-volksrepublik-china-und-der-russischen-foederation-zu-einigen-fragen-der-global-governance-unter-aktuellen-bedingungen/>

³⁸ siehe „Wie wirksam sind Sanktionen?“, tagesschau.de, 23.02.2022, <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/sanktionen-wirksamkeit-russland-101.html>, „Sanktion gegen Russland - verfehlt das Anleiheverbot sein Ziel?“, tagesschau.de, 28.02.2022, <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/finanzen/warum-das-anleihenverbot-russland-kaum-trifft-101.html> sowie Urs P. Gasche, „Nichts, aber auch gar nichts rechtfertigt den Angriffskrieg“, infospesber, 26.02.2022, <https://www.infospesber.ch/politik/nichts-aber-auch-gar-nichts-rechtfertigt-den-angriffskrieg/>.

„Es sei damit zu rechnen, heißt es in Sicherheitskreisen, dass letztlich auch die Hauptstadt Kiew eingenommen werde. Wann dies geschehe, sei unklar. Vorangehen könnte eine längere militärische Einkreisung und Belagerung der Stadt, mit teils katastrophalen Folgen für die Bevölkerung und mit einem Zusammenbruch der Versorgung mit Trinkwasser, Lebensmittel und Strom.“³⁹

Es gibt keine Alternative zu Dialog und Kooperation - gerade jetzt.

Wir beobachten mit Hoffnung, dass Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine aufgenommen wurden.

Wir hören von beiden Seiten inhaltliche Vorschläge: Ein grundsätzliches Neutralitätsangebot aus Kiew und die grundsätzliche Bereitschaft zum Rückzug aus Moskau. Dies unterstützen wir.

Aus unserer Sicht sollte die NATO jetzt das Neutralitätsangebot Kiews unter der Bedingung internationaler Sicherheitsgarantien aktiv unterstützen. Das wäre hilfreich zur sofortigen Beendigung der Kampfhandlungen.

Natürlich hat die Ukraine gemäß der UN-Charta ein eindeutiges Recht auf militärische Selbstverteidigung. Und natürlich bricht Wladimir Putin mit seinem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg nicht nur das in der UN-Charta kodifizierte Völkerrecht, sondern verrät auch die der Ukraine für ihren Verzicht auf ihre Atomwaffen im Budapester Memorandum 1994⁴⁰ zugesagten absoluten Sicherheitsgarantien (*allerdings hatte die Ukraine nie die tatsächliche Gewalt über die auf ihrem Gebiet stationierten Atomwaffen*).

Doch gerade angesichts der zunehmenden Unberechenbarkeit Wladimir Putins sowie seiner zunehmenden Skrupellosigkeit sind verantwortungsethisch neben den verhängten nichtmilitärischen Sanktionen seitens der EU und der NATO sowie der Ukraine Verhandlungsangebote dringend notwendig, die teilweise auf die Bedingungen Wladimir Putins eingehen.

Nach herkömmlichem sicherheitslogischem Verständnis fällt dieser unbedingt notwendige erste Schritt zur Deeskalation extrem schwer, weil er den Eindruck nahelegt, der Gewalt Russlands nachgegeben, mithin das Kräftemessen verloren zu haben.

Dennoch gibt es dazu keine vernünftige Alternative. Die jetzt eingetretene Konstellation ist Folge unseres Versagens beim Aufbau einer belastbaren Friedensordnung seit 1990. Hieran trägt der

Verhandlungs-Spielräume eröffnet.“⁸⁵

Julia Weigelt, freie Journalistin, ARD-Pressclub
06.03.2022



„Die NATO sollte aktiv auf Russland zugehen und auf eine Deeskalation der Situation hinwirken.

Hierzu sollte auch ein Treffen ohne Vorbedingungen auf höchster Ebene nicht ausgeschlossen werden.“

Prof. Dr. Johannes Varwick am 05.12.2021
(Aufruf zur Verbesserung der Beziehungen zu Russland ⁸⁶)

³⁹ „Wie weit geht Putins Militär?“, tagesschau.de, 04.03.2022, <https://www.tagesschau.de/investigativ/wdr/bnd-russland-ukraine-krieg-101.html>

⁴⁰ siehe https://de.wikipedia.org/wiki/Budapester_Memorandum

⁸⁵ siehe <https://www.ardmediathek.de/video/presseclub/krieg-in-der-ukraine-angst-in-deutschland/das-erste/Y3JpZDovL3dkci5kZS9CZWl0cmFnLTyxZmVmZjRkLTQxZGltNGUwMS1hOGI4LWl3NzhkNTFIYTYyYw>

⁸⁶ Aufruf „Raus aus der Eskalationsspirale! Für einen Neuanfang im Verhältnis zu Russland“, 05.12.2021, <https://www.gsp-sipo.de/news/news-details/aufruf-zur-verbesserung-der-beziehungen-zu-russland>

Westen, der als Gewinner aus dem Kalten Krieg hervorgegangen ist, zwar nicht die Allein-, aber eine Mitverantwortung, indem er Russland die gleichberechtigte Mitwirkung an einer 1990 fest vereinbarten gesamteuropäischen Neuordnung vorenthielt.

Das bestätigt kein Geringerer als der US-Diplomat George Kennan, der als Urheber der von den USA seit 1947 während des Kalten Kriegs verfolgten Containment-Politik zur Eindämmung des sowjetischen Imperialismus gilt.⁴¹

Die NATO sollte nicht den Fehler von 2001 wiederholen, als wir angesichts der furchtbaren Terroranschläge in New York ohne wirkliche Strategie in Afghanistan in den Krieg gezogen sind – der bekanntermaßen 20 Jahre später in einem Desaster endete.

Jetzt in der Ukraine den dortigen Krieg ohne bewusste Strategie anzuzünden, erscheint angesichts der Unberechenbarkeit von Präsident Putin mindestens unklug und äußerst risikoreich.

Kann es sein, dass wir mit der NATO-Osterweiterung den Fehler der Siegermächte des Ersten Weltkriegs wiederholt haben, eine einstige Weltmacht zusätzlich zu demütigen?

Die NATO-Osterweiterung nach dem Zerfall der Sowjetunion wird aus Sicht Russlands, seines Präsidenten und des Patriarchs der Russisch-Orthodoxen Kirche, Kyrill, genau als solch eine Demütigung wahrgenommen.⁴²

Unabhängig davon gilt natürlich die Aufforderung an Präsident Wladimir Putin, seinen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg sofort einzustellen. Darauf zu warten, wäre jedoch fatal. Dazu ist die Lage viel zu explosiv angesichts der von den Atomkraftwerken in der Ukraine und vom möglichen Einsatz atomarer Waffen herrührenden Gefahren.⁴³

Sowohl die NATO als auch Russland haben zur Eskalation beigetragen. Beide können daher auch zur Deeskalation beitragen. Dazu müssen sie aber den Weg der militärischen Sicherheitslogik zugunsten friedenslogischer Konflikttransformation⁴⁴ verlassen.



„Die Nato-Staaten müssen sich selbstkritisch fragen, ob der nach dem Ende des Kalten Kriegs eingeschlagene Kurs ...richtig[e] war, wo die Nato-Erweiterung Ihre Grenzen findet und wie die nachhaltige Einbeziehung Russlands in das europäische Sicherheitssystem gewährleistet werden soll.

Zur Wahrung unserer Interessen bedarf es eines realpolitischen Ansatzes und des Mutes, sich von lieb gewonnenen stereotypen Argumentationsmustern zu verabschieden und kühl-rational kalkulierend und mit Festigkeit einen Interessenausgleich mit Russland zu suchen.“

Botschafter a.D. Rüdiger Lüdeking am 22.01.2022 im Cicero⁸⁷

⁴¹ George Kennan, A Fateful Error, New York Times, 5. Februar 1997, <https://www.nytimes.com/1997/02/05/opinion/a-fateful-error.html>

⁴² Antwort von Patriarch Kyrill an den Ökumenischen Rat der Kirchen 10.03.2022, <https://www.oikoumene.org/re-sources/documents/response-by-hh-patriarch-kyrill-of-moscow-to-rev-prof-dr-ioan-sauca-english-translation>

⁴³ die letzten Passagen sind weitgehend wörtlich der Stellungnahme aus der AG Friedenslogik der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung „Für konsequent friedenslogisches Handeln im Ukraine-Konflikt“ vom 17.02.2022 entnommen: https://pzkb.de/wp-content/uploads/2022/02/Stellungnahme_Fu%CC%88r-konsequent-friedenslogisches-Handeln_Ukraine.pdf

⁴⁴ siehe <https://pzkb.de/publikationen/aktualisierte-fassung-friedenslogik-weiterdenken-dialoge-friedensarbeit-politik-infolyer/>

⁸⁷ Botschafter a.D. Rüdiger Lüdeking, Appeasement muss kein Fehler sein, Cicero, 22.01.2022, <https://www.cicero.de/aussenpolitik/konflikt-ukraine-appeasement-muss-kein-fehler-sein-luedeking>

Deeskalierende Optionen der EU

Auch die massiven Wirtschaftssanktionen der USA und der EU sind eine relativ gewaltarme Form der Reaktion auf den russischen Angriffskrieg – so zweifelhaft und ambivalent diese in ihrer Wirkung auch sind.⁴⁵

Ebenso wie die NATO könnte die EU Russland entsprechend des Angebots von Präsident Selenskyj⁴⁶ klar ihre Unterstützung zu Verhandlungen über eine zukünftige Neutralität der Ukraine mit internationalen Sicherheitsgarantien signalisieren.

Zudem könnte die EU Präsident Putin signalisieren, dass bei den kommenden Verhandlungen mit der Ukraine über deren engere Wirtschaftsbindung an die EU ähnlich wie beim Brexit für Nordirland die Möglichkeit gleichzeitiger bevorzugter Wirtschaftsbeziehungen mit der Eurasischen Wirtschaftsunion EAWU geschaffen wird.

Zudem könnte die EU Russland den Beginn von Verhandlungen über den von Präsident Putin am 22. Juni 2021 zuletzt öffentlich vorgetragenen Wunsch nach einem einheitlichen Wirtschaftsraum EU/EAWU vom Atlantik bis hin zum Pazifik vorschlagen.⁴⁷

Der Versuch der EU, 2013 die Ukraine zu einer alternativen Entscheidung zwischen der EU und der EAWU zu drängen, war mit ein entscheidender Grund für die gewaltsame Konflikteskalation 2014.⁴⁸



"Es sind Dialoge und Verhandlungen, die zu Vereinbarungen von notwendigen Krisenlösungen und Verträgen führen. Wir als Gewerkschaften wissen vom Wert von Dialogen und Verhandlungen. Über 32.000 Tarifverträge haben wir in den letzten 20 Jahren abgeschlossen. Und nur Verhandlungen führen zu Sicherheit, Konfliktbeilegung und Frieden."

Andrea Kocsis, stellvertretende Vorsitzende von ver.di⁸⁸

Die Option Internationaler Vermittlung

Bereits Stand 11. März gab es mehrere Versuche Internationaler Vermittlung. So hat u.a. bereits Israel Gespräche geführt und in

⁴⁵ siehe Tobias Dammers, Wie wirksam sind Sanktionen?, tagesschau.de, 23.02.2022, <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/sanktionen-wirksamkeit-russland-101.html>

⁴⁶ siehe <https://www.tagesspiegel.de/politik/absage-an-gebietsabtrennungen-selenskyj-offenbar-bereit-ueber-neutralitaet-der-ukraine-zu-verhandeln/28140644.html>

⁴⁷ siehe Wladimir Putin, Offen sein, trotz der Vergangenheit, Die ZEIT, 22.06.2021, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-06/ueberfall-auf-die-sowjetunion-1941-europa-russland-geschichte-wladimir-putin/komplettansicht> - siehe auch Berichterstattung auf tagesschau.de: <https://www.tagesschau.de/inland/gedenken-ueberfall-sowjetunion-101.html>

⁴⁸ Der damalige Präsident der EU-Kommission, José Manuel Barroso, erklärte im Februar 2013 hinsichtlich einer möglichen Zollunion der Ukraine mit Russland, ein Land könne nicht Mitglied einer Zollunion sein und zugleich in einer weitreichenden Freihandelszone mit der EU. Die Ukraine müsse sich entscheiden, welchen Weg sie einschlagen wolle. Siehe u.a. <https://www.derstandard.at/story/1361241226412/eu-stellt-ukraine-vor-die-wahl> und ARTE, Mit offenen Karten, Ukraine Spezial, 05.03.2022, <https://www.arte.tv/de/videos/108166-001-A/mit-offenen-karten/>

⁸⁸ siehe <https://www.sicherheitneudenken.de/mach-mit/prominente-unterstuetzer/prominente/>

Ankara haben sich erstmals seit Beginn des Kriegs die Außenminister Russlands und der Ukraine zu Verhandlungen getroffen. China hat eine Vermittlung auf der Basis der UN-Charta und unter Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen aller Beteiligten angeboten.

Ebenso denkbar sind Vermittlungs-Initiativen des UN-Generalsekretärs oder des Papstes.

Die Option aktiven zivilen Widerstands

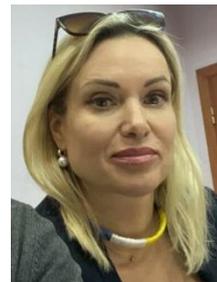
Am 14. März 2022 leistete eine Mitarbeiterin des russischen Staatsfernsehens auf äußerst mutige und wirksame Weise zivilen Widerstand gegen den von Lügen in den staatlich kontrollierten Medien getragenen Krieg von Präsident Putin in der Ukraine, indem sie mit lauten Rufen und einem Plakat gegen den Ukrainekrieg für die Unterbrechung der Hauptnachrichtensendung sorgte.⁴⁹

Ein eindrucksvolles Beispiel, welch wirksamer ziviler Widerstand durch mutige Zivilcourage möglich ist. Wenn solche Aktionen flächendeckend flexibel und professionell koordiniert sind, sind sie nach wissenschaftlichen Erkenntnissen ebenso wirksam wie gewaltvoller Widerstand.⁵⁰

Wir sehen in diesen Tagen auch Bilder zivilen gewaltfreien Widerstands in der Ukraine. Unbewaffnete Menschen stellen sich Panzern und anderen Militärfahrzeugen entgegen und versetzen richtungsweisende Straßenschilder.

Es kursieren Videos von Ukrainern, die russischen Soldaten, die ohne Benzin gestrandet sind, anbieten, sie nach Moskau abzuschleppen⁵¹, und Bilder von russischen Deserteuren, die mit Tee und Jubel empfangen werden⁵².

Eine repräsentative landesweite Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie (KIIS) aus dem Jahr 2015 zur Option des aktiven zivilen Widerstands als möglicher Reaktion zeigt die damaligen Präferenzen der Ukrainer für den Widerstand im Falle einer ausländischen bewaffneten Invasion und Besetzung ihres Landes.⁵³



„Hier werdet ihr belogen!“

Marina Owsjannikowa am 14.03.2022 im der Hauptnachrichtensendung des russischen Staatsfernsehens⁴⁹

⁴⁹ siehe <https://www.tagesschau.de/ausland/russland-protest-staatsfernsehen-101.html>

⁵⁰ siehe „Why civil resistance works“, 2011 und 2019, <https://www.sicherheitneudenken.de/zivile-sicherheit-ist-wirk-sam/chenoweth-studie/> sowie Benjamin Isaak-Krauß, Die Macht gewaltlosen Widerstands, Die Eule, 10. März 2022, <https://eulemagazin.de/die-macht-gewaltlosen-widerstands/>

⁵¹ siehe <https://www.independent.co.uk/news/world/europe/ukraine-tank-fuel-russia-kyiv-b2024003.html>

⁵² <https://www.mirror.co.uk/news/world-news/russian-soldier-breaks-down-tears-26372773>

⁵³ https://www.nonviolent-conflict.org/blog_post/ukrainians-vs-putin-potential-for-nonviolent-civilianbased-defense/

Die Umfrage fand kurz nach der Euromaidan-Revolution und der Einnahme der Krim sowie der Unterstützung der Separatisten in der Donbass-Region durch russische Truppen statt, als man erwarten konnte, dass die ukrainische Öffentlichkeit die Verteidigung des Mutterlandes mit Waffengewalt befürworten würde.

Die Ergebnisse zeigten jedoch eine überraschend starke Unterstützung für eine Alternative zur bewaffneten Verteidigung: die aktive gewaltfreie Verteidigung unter ziviler Führung.

Die Umfrage ergab, dass die beliebteste Widerstandsform unter den Ukrainern der gewaltlose Widerstand war: 29 % unterstützten diese Handlungsoption im Falle einer bewaffneten ausländischen Aggression und 26 % im Falle einer Besetzung.

Diese Ergebnisse stimmen interessanterweise eng mit der historischen Bilanz der Kämpfe gegen Besatzer überein:

Wissenschaftliche Daten zu mehreren hundert Protestbewegungen des 20. Jahrhunderts mit maximalen Zielen (Ende einer Besetzung, Unabhängigkeit eines Territoriums oder Wechsel des Machthabers) zeigen, dass aktiver gewaltfreier Widerstand gegen militärische Besetzungen genauso oft vollen Erfolg verzeichnen wie gewaltsamer Widerstand.

Die Teilerfolgsquote gewaltfreien Widerstands ist sogar viermal so hoch wie bei gewaltsamem Widerstand, dessen Misserfolgsquote doppelt so hoch ist.⁵⁴

Bewaffnete Widerstände dauern im Durchschnitt dreimal so lange wie ihre gewaltlosen Pendanten, sind mit enormen menschlichen und infrastrukturellen Kosten für die Bevölkerung verbunden, und zerstören oder traumatisieren regelmäßig die Zivilgesellschaft.

Im Gegensatz dazu kann aktiver gewaltloser Widerstand historisch gesehen viel schneller zum Erfolg führen als der bewaffnete Kampf; selbst bei einem Scheitern des gewaltlosen Widerstands bleibt die Struktur der Zivilgesellschaft effektiver erhalten, um den Kampf an einem anderen Tag wieder aufzunehmen.

Zudem bewahrt aktiver gewaltfreier Widerstand erheblich nachhaltiger die persönliche Integrität der Beteiligten, die durch gewaltsamen Widerstand erheblich gefährdet ist.

Der Studie zufolge tragen folgende drei Faktoren entscheidend zu diesem Erfolgspotential gewaltfreien Widerstands bei:

1. Breite Beteiligung diverser Gruppen,
2. Wechselnde Taktiken, die Druck aufbauen und gleichzeitig Repressionen minimieren,
3. Loyalitätsverschiebungen innerhalb wichtiger Säulen der Macht des Gegners.

⁵⁴ siehe <https://www.sicherheitneudenken.de/zivile-sicherheit-ist-wirksam/chenoweth-studie/>

Die Ukrainer wurden auch gebeten, bestimmte Arten von bewaffneten und gewaltfreien Widerstandsaktionen zu wählen, denen sie sich anschließen oder die sie selbst durchführen würden.

Deutliche Mehrheiten entschieden sich für verschiedene gewaltfreie Widerstandsmethoden – von symbolischen über störende bis hin zu konstruktiven Widerstandsaktionen gegen einen Besatzer - und nicht für gewaltsame aufständische Aktionen. Im Wesentlichen zeigten die Ergebnisse, dass das Humankapital der Ukrainer für die zivile gewaltfreie Verteidigung mehr als dreimal so groß war wie das für den bewaffneten Widerstand.

Erfolgreiche Anti-Besatzungskämpfe waren schon immer ein gesamt nationales Unterfangen. Unbewaffneter Widerstand hat ein größeres Mobilisierungspotenzial für eine ganze Gesellschaft, die sich an verschiedenen Aktionen des Trotzes und der Nichtkooperation beteiligen kann als bewaffneter Widerstand.

Anders als vielfach behauptet, ist das Ziel gewaltfreien Widerstands nicht, das Mitgefühl von Diktatoren zu wecken oder Unterdrücker zur Umkehr zu bewegen. Aktiver gewaltfreier Widerstand zielt vielmehr darauf ab, die Macht des Gegners zu schwächen, sodass dieser keinen Schaden mehr anrichten kann.

Dazu analysiert man, auf welchen Säulen seine Macht ruht, identifiziert Schwachstellen und entwickelt Strategien, um diese auszunutzen und bestimmte Säulen zum Einsturz zu bringen. Aktiver gewaltfreier Widerstand versucht gezielt, Zugang zu Ressourcen zu begrenzen, interne Konflikte zu verschärfen oder einzelne Gruppen zur offenen oder verdeckten Non-Kooperation zu bewegen.⁵⁵

Die Ukrainer zeigen ein überraschendes Maß an Unterstützung für die Art von Widerstand, die weder die ukrainischen Politiker noch ihre westlichen Unterstützer in ihrer Verteidigungsplanung in Betracht gezogen haben: gewaltlose Massenwiderstandsaktionen gegen einen gewaltigen militärischen Angreifer.

Die Art und Weise, wie die Ukrainer ihr Land gegen einen militärisch stärkeren Gegner verteidigen, wird über die Zukunft der Ukraine entscheiden, auch über das Überleben der Demokratie. Ein langwieriger bewaffneter Kampf privilegiert oft einen starken Mann zum Nachteil einer demokratischen Entwicklung.

Heutzutage gibt es interessanterweise in den baltischen Staaten Bemühungen, eine umfassende gewaltfreie zivile Verteidigung zu integrieren. Dies wird in den spezifischen Empfehlungen für gewaltfreie Verteidigungsstrategien hervorgehoben, die von einer

⁵⁵ siehe Benjamin Isaak-Krauß, Die Macht gewaltlosen Widerstands, Die Eule, 10. März 2022, <https://eulemagazin.de/die-macht-gewaltlosen-widerstands/> sowie Gene Sharp, Von der Diktatur zur Demokratie, <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/272969/gene-sharp-von-der-diktatur-zur-demokratie.pdf>

angesehenen US-amerikanischen Denkfabrik für Sicherheit vorgelegt wurden.⁵⁶

Litauen hat bei diesen Umsetzungsbemühungen eine Vorreiterrolle eingenommen, als die Regierung 2016 eine neue Militärstrategie für "zuverlässige Abschreckung" verabschiedete, "die die Vorbereitung der Bürger auf den unbewaffneten aktiven zivilen Widerstand [erfordert], [einschließlich] der Förderung ihres Willens und ihrer Widerstandsfähigkeit gegenüber Informationsangriffen sowie ihrer Fähigkeit, sich an einem totalen Widerstand ... der ganzen Nation zu beteiligen".

Das litauische Verteidigungsministerium hat zwei Handbücher über die "Formen und Grundsätze des zivilen Widerstands" im Rahmen der Landesverteidigung herausgegeben.⁵⁷

Machthaber wie Präsident Putin fürchten am meisten die Vielfalt der demokratischen Zivilgesellschaft. Was von Militärinterventionen abschrecken kann, ist eine resiliente, demokratie- und widerstandserfahrene Gesellschaft und die Unterbrechung der sie stützenden Gehorsamsketten.⁵⁸

7

Perspektive Europäische Friedens- und Sicherheitsordnung

Umso wichtiger ist die Entwicklung einer Perspektive, die die widerstreitenden Interessen Wladimir Putins und der Ukraine auf einer höheren Ebene miteinander verbinden kann.

Wir sollten die von Präsident Putin seit 2001 wiederholt klar benannte demütigende Kränkung Russlands durch die zunehmende NATO-Osterweiterung ernst nehmen. Natürlich hat es Russland gekränkt, dass sich die Sowjetunion nach 1989 aufgelöst hat. Zu einer verantwortlichen Politik gehört, diese Kränkung wahr- und ernst zu nehmen.

Wie befreiend war für Ost und West 1990 die Vision einer gemeinsamen Friedens- und Sicherheitsarchitektur, die unter dem Dach der OSZE entstehen sollte (damals noch KSZE). Verantwortlich wäre es gewesen, das 1990 auf allen Seiten vorhandene

⁵⁶ dito

⁵⁷ siehe https://www.nonviolent-conflict.org/blog_post/ukrainians-vs-putin-potential-for-nonviolent-civilian-based-defense/

⁵⁸ Eine US-Studie über 16.000 Massenproteste belegt z.B., dass diese immer besser organisiert werden, erfolgreicher und weniger gewalttätig sind, <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/studie-massenproteste-101.html>

Vertrauen in solch einen gemeinsamen institutionellen Rahmen auch in die Tat umzusetzen.

Frieden verlangt nach einem institutionellen Rahmen, der Gewalt einschränkt. Verantwortlich wäre es daher gewesen, bereits nach 1990 Russland in eine gemeinsame Friedens- und Sicherheitsordnung einzubeziehen. Insofern ist es ein Mythos zu glauben, wir hätten nach 1990 bereits eine nachhaltige befriedende Europäische Sicherheitsordnung aufgebaut.⁵⁹

Dass wir das nicht getan haben, hat verschiedene Gründe. Wesentlich zur – möglicherweise schnellen – Befriedung der Ukraine und Russlands wäre jetzt das klare Angebot der NATO zum Verzicht einer weiteren NATO-Osterweiterung zugunsten des Aushandelns und Aufbaus einer alle Seiten befried(ig)enden gemeinsamen Europäischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur unter dem Dach der OSZE.

Für eine Deeskalation im aktuellen Krieg ist es notwendig, die Pariser Charta von 1990 sowie die NATO-Russland-Grundakte von 1997 nicht selektiv zu lesen, sondern deren einzelne Passagen im Zusammenhang der jeweils anderen interpretieren.

Im Konflikt um die Ukraine dominiert auf beiden Seiten bisher eine selektive Lesart beider Vereinbarungen. Während die NATO jene Passagen betont, die allen Staaten eine freie Wahl ihrer sicherheitspolitischen Dispositionen bestätigen, fokussiert die russische Seite auf jene Formulierungen, die auf eine gemeinsame und ungeteilte Sicherheit hinauslaufen.

Das Berliner Memorandum aus dem Jahr 2017 beschreibt, wie sicherheitspolitische Kooperation auch zwischen Demokratien und Autokratien, also zwischen unterschiedlichen Wertesystemen gelingen kann.⁶⁰

Es gilt nun für unsere Bundesregierung, die EU und die NATO, die OSZE zum entscheidenden Ort zu machen, an dem ohne Vorbedingungen in Verbindung beider Prinzipien über die Grundarchitektur einer zur konstruktiven Konflikttransformation fähigen gesamteuropäischen Friedens- und Sicherheitsordnung verhandelt wird, die die Fehler der Vergangenheit korrigiert und die Wunden der Vergangenheit heilt.

Dazu gehört die Anerkennung der Völkerrechtsbrüche in Europa von beiden Seiten (NATO - Ex Jugoslawien, Russland – Krim und



"Vielleicht hat Diplomatie hier in den Folgejahren nicht optimal funktioniert. Sonst hätten wir jetzt nicht diesen Krieg."

Gertmann Sude, ehemaliger General der Bundeswehr, WLZ am 5. März 2022⁸⁹



"Es geht um die Gestaltung einer neuen Sicherheitsarchitektur in Europa, die Stabilität und Frieden garantiert."

Dr. Martina Fischer, Friedensreferentin BfD, am 9. Februar 2022 im ZDF heute-Interview⁹⁰

⁵⁹ siehe Sabine Jaberg, Mythos „Russland hat die europäische Friedensordnung aufgekündigt.“, Auftakt-papiere zu gängigen Mythen in der Sicherheits- und Friedenspolitik der [Arbeitsgruppe der Studiengruppe Europäische Sicherheit und Frieden](https://sicherheitneudenken.eki-musterhausen.de/html/media/dl.html?v=186698) der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler, <https://sicherheitneudenken.eki-musterhausen.de/html/media/dl.html?v=186698>

⁶⁰ Ines-Jacqueline Werkner et al., Berliner Memorandum „Sicherheit neu denken – Wege des Friedens in Europa“, 2017, http://fest-heidelberg.de/images/publikation/Werkner_et_al_2017_Berliner_Memorandum_Sicherheit_neu_denken_-_Wege_des_Friedens_in_Europa.pdf

⁸⁹ siehe <https://www.wlz-online.de/waldeck/voehl/diplomatie-gefragt-wie-nie-91389341.html>

⁹⁰ siehe <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/russland-nato-ukraine-konflikt-diplomatie-100.html>

Ostukraine), ein neues Bekenntnis zum Völkerrecht und die langfristige Überwindung der NATO. Die Ukraine könnte idealerweise als neutraler Brücken-Staat zwischen West- und Osteuropa fungieren - mit Kiew als Sitz der OSZE.⁶¹

Eine Politik, die das eigene Verständnis universal gültiger Maßstäbe zur handlungsleitenden Maxime macht und gegen Kritik von Seiten autoritärer Ordnungsvorstellungen durchzusetzen versucht, trägt nicht zur Beendigung des Kriegs bei, sondern verschärft die bestehenden Konflikte.

Die Bereitschaft, solche normativen Differenzen anzuerkennen, auszuhalten und letztlich konstruktiv zu bearbeiten, gehört zu den grundlegenden Anforderungen an eine gesamteuropäische Ordnung. Denn die Tragfähigkeit der demokratischen, rechtsstaatlichen und menschenrechtlichen Werte erweist sich auch daran, inwieweit sie den friedlichen und konstruktiven Austrag von sicherheitspolitischen Konflikten mit dem normativ Anderen zulassen und auf ideologische Konfrontationen verzichtet.⁶²

Zu einer nachhaltigen Friedensordnung in Europa gehören natürlich auch Reparationszahlungen Russlands an die Ukraine sowie die Bestrafung von Kriegsverbrechen sowie umfangreiche Bearbeitung von Traumata auf allen Seiten.



„Es geht darum, ein Denken zu entwickeln, mit dessen Hilfe es möglich ist, Frieden zu schaffen und das heißt Beziehungen zu ermöglichen, in denen Gewalt unwahrscheinlich wird, weil Kooperation gelingt.“⁹¹

Prof. Dr. Hanne-Margret Birckenbach, FFE 2016

8

Fokus Aufnahme von Flüchtenden

Wir unterstützen das solidarische Engagement unserer Zivilbevölkerung und der EU-Regierungen für Flüchtende aus der Ukraine sowie humanitäre Hilfe für Kriegsoffer - unabhängig von Hautfarbe, Staatsangehörigkeit und Identität und ohne rassistische Zurückweisung.

Unsere Solidarität gilt ebenso den Menschen, die in Moskau, Sankt Petersburg und so vielen anderen Städten Russlands ihre Stimme gegen den Krieg erheben. Wir sind tief beeindruckt von ihrer Kraft und ihrem Mut.

Als Initiative unterstützen wir den zivilen Widerstand in Russland. Der offene Brief von über 7000 Wissenschaftlern und rund 700 Mathematikern mit der Aufforderung an Präsident Putin, den Krieg zu beenden, hat den ungeheuren Mut offenbart, mit dem

⁶¹ vgl. Michael von der Schulenburg, In der Ukraine könnte der Grundstein für eine neue gesamteuropäische Friedensordnung gelegt werden, Wall Street International Magazine, 01.02.2022, <https://wsimag.com/de/wirtschaft-und-politik/68460-der-jetzig-ukraine-konflikt>

⁶² dito

⁹¹ Hanne-Margret Birckenbach, Von der Sicherheitslogik zur Friedenslogik, FFE-Rundbrief 2016 S. 3–8

Menschen aus der Zivilbevölkerung in Russland gegen den Krieg ihrer Regierung protestieren.⁶³

Mehr als 17.000 russische ÄrztInnen und Gesundheitsfachkräfte lehnen die russische Militärintervention in der Ukraine in einem Offenen Brief entschieden ab und fordern gemäß ihrem ärztlichen Eid und unter Wahrung einer humanen und gleichberechtigten Behandlung aller Leben die sofortige Einstellung aller Kriegshandlungen.⁶⁴

Die EU sollte SoldatInnen und KriegsdienstverweigerInnen aus Russland, Belarus und auch der Ukraine Asyl gewähren.⁶⁵

Austauschprogramme für Studierende, Städtepartnerschaften und andere Formen zivilgesellschaftlicher, wissenschaftlicher, kirchlicher und künstlerischer Vernetzung, die persönliche kulturübergreifende Begegnungen ermöglichen, sollten in jedem Fall fortgeführt werden.

9

Fokus Zeitenwende

(Komplett übernommener Beitrag von Dr. Corinna Hauswedell aus der Zeitschrift W&F)⁶⁶

Mit dem Begriff der »Zeitenwende« wird seit der Regierungserklärung des Bundeskanzlers vor dem Bundestag am 27. Februar 2022 eine umfassende Neuorientierung deutscher Außen- und Sicherheitspolitik begründet. Vom großen „Paradigmenwechsel“ ist die Rede. Vielen erscheint dies einleuchtend angesichts des völkerrechtswidrigen Krieges, den Putin gegen die Ukraine führt, oder sogar zwingend geboten. Aber es lässt auch viele von uns ratlos zurück und wirft neue Fragen auf.

Die Entsendung von 1.000 Panzerabwehrwaffen sowie 500 Boden-Luft-Raketen vom Typ »Stinger« an die Ukraine ist eine – unter dem Eindruck der schrecklichen Ereignisse vielleicht nachvollziehbare – Kehrtwende gegenüber dem vorher unzweifelhaft richtigen Verzicht auf Waffenlieferungen gewesen. Dieser Verzicht war in der deutschen Geschichte, die nicht über Nacht vergangen ist, gut begründet. Aktuell war dieses Paradigma des Verzichts auf Waffenlieferungen in „heiße Konflikte“ auch dadurch

⁶³ siehe <https://www.tagesspiegel.de/wissen/tausende-unterschriften-fuer-den-frieden-zwei-offene-briefe-russischer-forscher-gegen-putin/28131602.html>

⁶⁴ siehe <https://www.ippnw.de/frieden/konflikte-kriege/ukraine/artikel/de/offener-brief-russischer-aerztinnen.html>

⁶⁵ siehe EKD-Friedensbeauftragter und Friedensverbände, Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren aus der Ukraine, Russland und Belarus Schutz und Asyl gewähren, 16.03.2022, <https://de.connection-ev.org/article-3504>

⁶⁶ Dieses Kapitel ist wortwörtlich zitiert von Dr. Corinna Hauswedell, Zeitenwende?, W&F, <https://wissenschaft-und-frieden.de/blog/meinungen-und-positionen/zeitenwende/>

begründet, dass Deutschland zu Recht befürchten konnte, durch Waffen noch mehr zur Partei im Konflikt zu werden und so mögliche Vermittlungstüren zu schließen.

Alles obsolet? Andere auch kleinere Staaten Europas und die Zivilgesellschaften werden in die nun entstandene Lücke für den dringend nötigen, erneuerten Dialog mit Russland springen müssen. Die weitreichenderen Weichenstellungen allerdings, die für eine bisher undenkbbare Auf- und Ausrüstung des deutschen Militärs mittels eines grundgesetzlich verbrieften (und damit für künftige Regierungen gültigen) Sondervermögens von 100 Mrd. €, sind weder ausreichend begründet noch in den Fraktionen des Bundestages, geschweige denn in der deutschen Öffentlichkeit bisher diskutiert.

Das nährt die Sorge, dass Kanzleramt und Außenministerium im Sog des Krieges wichtige Lehren aus Konfliktgeschichte und -analyse über Bord werfen, dass hier Weichen ohne ausreichend strategischen Kompass für eine friedlichere Zukunft gestellt werden. Allzu umstandslos werden nun die außenpolitischen Paradigmen der vergangenen Jahrzehnte – zumindest im Hinblick auf die Russlandpolitik – als „illusionär“, „naiv“ oder gar „verlogen“ (Tobias Rapp, Spiegel 9/22, S.23.) verabschiedet. Das ist nicht nur geschichtsvergessen, sondern diskreditiert wissenschaftlich begründete Friedens- und Sicherheitspolitik, wie sie sich aus den bitteren Lehren der Weltkriege sowie des Kalten Kriegs entwickelt hatte.

Radikales Umdenken fordert auch z.B. der Politikwissenschaftler Herfried Münkler: Er sieht nun das Ende einer auf gegenseitiger Interessenwahrnehmung und Vertrauensbildung basierten Politik und Zeiten eines „generalisierten Misstrauens“ aufziehen, Konfrontation werde an die Stelle von Kooperation treten – das „Ende der Diplomatie“ sei gekommen (DLF 28.2.2022); es gelte, Abschied zu nehmen vom »win-win«-Denken, das viele angesichts der globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, die uns alle treffen, auch aus guten Gründen für erforderlich zwischen Staaten und Gesellschaften unterschiedlicher Werte- und Politikordnungen gehalten haben.

Also alles falsch, alles auf den Prüfstand?

Scholz' Aussage, dass sich „nicht alle Bedrohungen der Zukunft mit den Mitteln der Bundeswehr einhegen lassen“, ist kein Versprecher. „Nicht alle...“? Den allerwenigsten Bedrohungen, allen voran Klimawandel und Ressourcenknappheit, Pandemien, selbst Cyberkonflikten oder Terrorismus lässt sich mit militärischen Mitteln wirksam beikommen! Das zeigen leider die meisten jüngeren Erfahrungen mit dem zivil-militärischen Einsatz der sogenannten »vernetzten Sicherheit«. Militärisches Eingreifen, sei es durch Truppenentsendung oder Waffenlieferungen, auch wenn dies in »stabilisierender« oder »abschreckender« Absicht geschah, hat in



„Das nährt die Sorge, dass Kanzleramt und Außenministerium im Sog des Krieges wichtige Lehren aus Konfliktgeschichte und -analyse über Bord werfen, dass hier Weichen ohne ausreichend strategischen Kompass für eine friedlichere Zukunft gestellt werden.“

Dr. Corinna Hauswedell
Historikerin und Friedens- und Konfliktforscherin, zwischen 2000 und 2017 Mitherausgeberin des jährlichen Friedensgutachtens, in der Zeitschrift Wissenschaft & Frieden⁶⁴

fast allen untersuchten Fällen eher eskalierend und eben nicht sicherheitsbildend gewirkt (z.B. in Afghanistan oder Mali); und leider wurden oft parallel laufende zivile Interventionen mit dem Ziel einer politischen, ökonomischen oder humanitären Stabilisierung durch militärisches Handeln konterkariert.

Die Angst vor einer drohenden Eskalation des Krieges, den wir jetzt erleben, ist real und berechtigt, und treibt die meisten von uns um. Angst ist aber ein schlechter Ratgeber für die Suche nach Auswegen. Militärische Gewaltanwendung entwickelt fast immer eine gefährliche Eigendynamik, der Drang zur Eskalation hängt mit der martialischen »Natur« der Waffen und den Irrationalismen derer zusammen, die sie einsetzen. Aber wie das Unberechenbare stoppen?

Mit der Auffassung, Putin wolle mit seinem »Imperialismus« zurück ins 19. Jahrhundert, lagert man schurkenhaftes staatliches Handeln in die Vergangenheit aus, als ob es im Jetzt keine vergleichbare Herrschafts- und Machtpolitik gäbe. Die Ursachen für eine Renaissance von Nationalismen, wie wir sie gegenwärtig in vielen unserer modernen Gesellschaften erleben, sind multivalent und können autoritäre Staatsstrukturen befördern. Sie entspringen heutigen öko-sozialen Verwerfungen und leider ist militär-basiertes Großmachtstreben auch den liberalen Demokratien des 20. und 21. Jahrhunderts nicht fremd. Die immens hohen Militärbudgets und die damit verbundenen Strategien der großen NATO-Staaten (Nuklearstrategien inklusive), allen voran der USA, sprechen eine klare Sprache.

Eine neue Realpolitik, wie sie in Berlin jetzt erkennbar wird, wäre also gut beraten, nicht mit zweierlei Maß zu messen, wenn es um die friedliche Lösung der Zukunftsaufgaben geht, vor denen wir alle stehen. Die Aufteilung der Welt in Gut und Böse, die der Putin-Krieg erneut nahelegen scheint, haben wir zuletzt in den 1980er Jahren, der Schlussphase des Kalten Krieges, und wieder nach den Anschlägen vom 11. September 2001 mit dem »War on Terror« erlebt: mit den bekannten Folgen internationaler Verfeindung, die den Gedanken zu vernebeln droht, dass Sicherheit auf unserem Planeten nur gemeinsam und nicht gegeneinander zu haben sein wird.

Eine solch umfangreiche Verfeindung ist im Zeitalter neuer Geopolitik, in dem auch China als wichtiger Akteur zutage tritt, eine fatale Entwicklung. Ohne schließlich auch Russland als konstruktiven Akteur wieder auf die Weltbühne zurückzugewinnen, wird es nicht gehen. Ein Blick nach Sibirien, wo eine ungehemmte Erderwärmung das Auftauen des Permafrost und die Freisetzung ungeahnter Mengen an Treibhausgasen begünstigen und damit den ganzen Planeten bedrohen wird, sollte genügen.



„Ich glaube, Die Erhöhung der Militärausgaben Deutschlands ist zunächst einmal ein Versuch, sich im Krieg als politisch handlungsfähig zu zeigen.

Nach dem Krieg wird man noch einmal neu nachdenken müssen.

Dann wird die Frage sein, wie eine zukünftige internationale Ordnung aussehen kann. Da geht es um viel mehr als um Rüstung und Militär.

Da geht es um eine verbindliche internationale Rechtsordnung bis dahin, dass endlich klar ist, dass politische Akteure, die Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begehen, vor dem internationalen Strafgerichtshof zur Verantwortung gezogen werden.“

Jochen Cornelius-Bundschuh, Bischof der Evangelischen Landeskirche in Baden am 11.03.2022⁹²

⁹² siehe <https://www.evangelisch.de/inhalte/198300/11-03-2022/krieg-moeglichst-schnell-stoppen>

Die zentralen Botschaften der Regierungserklärung von Olaf Scholz vom 27. Februar 2022 müssen sich also dreifach fragen lassen: Sind sie tragfähig hinsichtlich

- einer Deeskalation der akuten Kriegssituation,
- der Schaffung neuer Voraussetzungen für eine europäische Friedensordnung,
- und eines deutschen Beitrages für eine gerechte internationale Klimapolitik der Zukunft?

Im Hinblick auf die ersten beiden Fragen sind den oben angeführten Argumenten zufolge ernsthafte Zweifel angebracht.

Die dritte Frage hängt mit den beiden ersten eng zusammen: Eine solche Weichenstellung, welche die »Zeitenwende« mit einer neuen Aufrüstungs- und Militarisierungswelle einläutet, wird sicherlich nicht genügend Ressourcen oder Sondervermögen bereithalten, weder ideell noch materiell, um die immensen strategisch-konzeptionellen und finanziellen Investitionen zu tätigen, die wir für den Umbau einer nachhaltigen und sozial gerechten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung brauchen.

Besserwisserei ist gegenwärtig gewiss besonders Fehl am Platze. Zu vieles ist ungewiss. Aber ernstgemeinte Sorgen aus der Kenntnis der wechselvollen Konfliktgeschichte auch unseres Landes seien erlaubt.



„Es ist im Grundansatz militaristisches Denken, das zum Krieg in der Ukraine geführt hat. Ein hochgerüstetes Russland, das sich von der Militarisierung auf der anderen Seite provoziert gefühlt hat.“⁹³

Kristina Lunn, FR,
8. März 2022

10 Fokus Haushaltsmittel

Mit der am 27.02.2022 im Deutschen Bundestag erfolgten Ankündigung eines einmaligen Sondervermögens für die Bundeswehr in Höhe von 100 Mrd. Euro sowie zukünftiger jährlicher Verteidigungsausgaben in Höhe von über 2 % unseres BIPs versucht Olaf Scholz die - hinsichtlich des 1990 vereinbarten Aufbaus einer Russland und die Ukraine einschließenden Europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung mangelhafte - deutsche Außen- und Sicherheitspolitik neu auszurichten.

Bereits in unserem 2018 veröffentlichten Positivszenario sind bei der Erstellung des Konzepts weitere Steigerungen des Bundeswehr-Haushalts bis zum Jahr 2025 erwartet worden.⁶⁷ Diese

⁶⁷ siehe Ralf Becker, Stefan Maaß & Christoph Schneider-Harpprecht [Hg.], Sicherheit neu denken - Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik, 2018, https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/261672/d---friedensszenario_2021_auf1-3_lang_komplett.pdf, S. 142

⁹³ Kristina Lunn im FR-Interview, 08.03.2022, <https://www.fr.de/politik/kristina-lunn-feministische-aussenpolitik-frieden-centreforfeministforeignpolicy-ich-werde-als-dumm-und-naiv-beschimpft-91394203.html>

Steigerungen werden angesichts des derzeitigen Kriegs jetzt wahrscheinlich höher und länger ausfallen als vorausgesehen.

Eine grundsätzliche Trendumkehr mit sehr viel stärkeren Investitionen in den Klima- und Gesundheitsschutz, in die Nachhaltige (Energie-) Partnerschaften mit den Staaten Afrikas, des Nahen und Mittleren Ostens sowie in Osteuropa sowie in Zivile Krisenprävention und -intervention und Zivile Verteidigung bleibt möglich, sofern wir die aktuelle Krise als Chance begreifen und den Paradigmenwechsel von militärischer zu ziviler, von konkurrierender zu gemeinsamer Sicherheitspolitik wagen und gestalten.

Wir brauchen stärkere Investitionen in zivile Konfliktlösungen und Strukturen, die Frieden dauerhaft stärken und erhalten.

Dazu strebt unsere Initiative unter den aktuellen Bedingungen zunächst einen im Koalitionsvertrag ausdrücklich erwähnten Auf- und Ausbauplan für Instrumente Ziviler Krisenprävention / Ziviler Sicherheitspolitik und Demokratieförderung sowie entsprechender begleitender Öffentlichkeitsarbeit an.

In zahlreichen bereits geführten und geplanten Gesprächen mit Bundestagsabgeordneten und Regierungsmitgliedern hoffen wir bereits im Bundeshaushalt 2022 wesentliche Erhöhungen der Budgetansätze für Instrumente Ziviler Sicherheits- und Friedenspolitik erreichen zu können (Stichworte Zivile Krisenprävention und -intervention, Ziviler Friedensdienst, Mediation, Internationale Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe, Diplomatie und Zivile Verteidigung).

Dazu gehören zudem Mittel- und Beitragssteigerungen für die OSZE und die UNO sowie der Aufbau ständig verfügbarer interkulturell und organisationsentwicklungserfahrener Kräfte für Internationale Polizeieinsätze.

Es braucht zudem eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit zu Instrumenten Ziviler Sicherheitspolitik im Inland (Stichwort Bundesförderprogramm „100 BildungspromotorInnen für Zivile Verteidigung, Krisenprävention und -intervention sowie Konstruktive Konfliktbearbeitung“).

Zudem setzen wir uns gemeinsam mit der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung⁶⁸ für den Aus- und Aufbau von Instrumenten und Strukturen zur Bearbeitung gesellschaftlicher Konflikte und die Verankerung einer konstruktiven Konfliktkultur in der Breite unserer Gesellschaft ein.

Eine Erhöhung des Bundeswehr-Etats (inkl. des geplanten Sondervermögens) in diesem Jahr auf über 70 Mrd. Euro entspricht dem 3.500-(!)fachen des Etats der bisher weltweit äußerst



„Wenn Deutschland mehr Verantwortung in der Welt übernehmen will, dann gehört dazu genauso, die Gelder für Entwicklungspolitik, humanitäre Hilfe, zivile Krisenprävention und Diplomatie aufzustocken. All das ist auch laut Koalitionsvertrag gekoppelt an eine Erhöhung des Wehretats.“

Sven-Christian Kindler, haushaltspolitischer Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion am 3. März 2022 gegenüber dem ARD-Hauptstadtstudio⁹⁴

⁶⁸ siehe Positionspapier „Demokratie braucht den konstruktiven Umgang mit Konflikten“ der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung (www.pzkb.de) vom Juni 2020, <https://pzkb.de/positionspapier-demokratie-braucht-den-konstruktiven-umgang-mit-konflikten/>

⁹⁴ siehe <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/gruene-krieg-101.html>

friedenswirksamen Mediationsabteilung im Auswärtigen Amt (Jahresetat: nur 20 Mio. Euro für 40 (!) international erfolgreiche Mediationsprojekte) - und dem 1.300-(!)fachen des ebenfalls weltweit (auch von der Bundesregierung durch eine dreijährige Evaluation bestätigt) wirksamen Zivilen Friedensdienstes.

Bereits in den letzten Jahren haben wir diesbezüglich Gespräche mit über 70 Bundestagsabgeordneten und -kandidatInnen geführt, darunter u.a. dem damaligen außenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Roderich Kiesewetter und den Verteidigungspolitiker*innen der Bundestagsfraktion der Linken.

Auch in den letzten Wochen und Monaten der Zuspitzung der Ukraine Krise haben wir uns in Hintergrundgesprächen mit KoalitionsverhandlerInnen der SPD und von B90/Die Grünen ausgetauscht, darunter u.a. dem aktuellen Parteivorsitzenden von B90/Die Grünen, Omid Nouripour, und dem außenpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Nils Schmid.

Im März 2022 hatten wir Gespräche mit Katja Keul (Staatssekretärin im Auswärtigen Amt), Ulrich Lechte (außenpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion) sowie Sara Nanni (sicherheitspolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion).

Weitere Gespräche sind mit Tobias Lindner (Staatssekretär im Auswärtigen Amt), Agnieszka Brugger (stellv. Fraktionsvorsitzende B90/Die Grünen, Vorsitzende des Fraktions-Arbeitskreises für Europa, Außenpolitik, Menschenrechte, Entwicklungspolitik, Sicherheits- und Friedenspolitik, Zivile Krisenprävention und Abrüstung), Rolf Mützenich (Fraktionsvorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion) sowie diversen weiteren MdBs vereinbart.

Durch die Kombination zahlreicher Gespräche mit federführenden PolitikerInnen in Berlin und dem zeitgleichen Aufsuchen zahlreicher Abgeordneter in ihren Wahlkreisen durch unsere lokalen Initiativen und MultiplikatorInnen glauben wir die dafür notwendige Dynamik erreichen zu können.

Der dafür vorgesehene Kampagnen-Zeitraum liegt zwischen dem am 16. März beschlossenen Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2022 und den Finanzplan bis 2025 sowie deren Verabschiedung wenige Wochen später.

Eine erste Haushälterin der Regierungskoalition hat uns bereits entsprechende Unterstützung signalisiert und uns zu entsprechenden Gesprächen nach Berlin eingeladen.

11

Fokus Atomwaffenverbotsvertrag

Der Krieg in Ukraine ist tatsächlich ein Beleg für die Fragilität einer nicht regelbasierten Weltordnung, einer Ordnung nach dem Recht des Stärkeren.⁶⁹

Die von Präsident Putin angedrohten Atomschläge sind inakzeptabel, sie würden verheerende humanitäre Konsequenzen nach sich ziehen. Erst kürzlich hat Russland gemeinsam mit den vier Atomwaffenstaaten USA, Großbritannien, Frankreich und China erklärt, dass Atomkriege nicht gewonnen werden können.

Präsident Putin kann sich so verhalten, wie er es tut, weil er über Atomwaffen verfügt. Und er kann die Ukraine überfallen, weil diese 1994 im Vertrauen auf Sicherheitsgarantien seitens Russlands, der USA und Großbritanniens auf Atomwaffen verzichtet hat.

In der aktuellen Welt lernen alle Staaten, dass sie Atomwaffen anstreben sollten, dass sie ansonsten der Macht von Atommächten ausgeliefert sind. Die Atomwaffenstaaten kommen schon länger nicht mehr ihrer Verpflichtung zur Abrüstung ihrer Atomwaffen nach, die sie im Atomwaffensperrvertrag eingegangen sind.⁷⁰

Das Festhalten am Konzept der nuklearen Abschreckung führt zu einem Sicherheitsdilemma und damit zu Wettrüsten. Deshalb ist es nur eine Frage der Zeit, bis es zu einem Einsatz von Atomwaffen kommen könnte, wenn wir uns nicht vom dem unbelegten Mythos „Sicherheit durch nukleare Abschreckung“ verabschieden.⁷¹

Der am 22. Januar 2021 in Kraft getretene weltweite Atomwaffenverbotsvertrag ist zur Gestaltung einer verantwortlichen Zukunft alternativlos, die auf die Stärke des Rechts statt des Rechts der Stärke setzt. Dementsprechend brauchen wir auch eine Weiterentwicklung des UN-Sicherheitsrats.

Mit seinem brutalen Bruch des Völkerrechts und dem Beginn seines Überfalls auf die Ukraine exakt während der Sitzung des UN-Sicherheitsrats hat Russland sein moralisches Recht auf einen Vetositz im UN-Sicherheitsrat endgültig verwirkt. Das Vetorecht im UN-Sicherheitsrat gehört endgültig abgeschafft.

Dementsprechend ist es an der Zeit, die gesamten UN zu demokratisieren.⁷²



„Jetzt ist es dringend geboten, sich daran zu erinnern, dass Nuklearwaffen eben nicht den Frieden sichern. Deswegen müssen wir dringend in der Zukunft über Rüstungskontrolle sprechen, aber auch über komplette globale nukleare Abrüstung.“

Ulrich Kühn, Leiter des Forschungsbereichs Rüstungskontrolle und Neue Technologien am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik der Universität Hamburg am 5. März 2022 in der taz⁹⁵

⁶⁹ siehe Tilman Brück, Ist Pazifismus noch zeitgemäß?, Deutschlandfunkkultur 04.03.2022: <https://www.deutschlandfunkkultur.de/krieg-ukraine-pazifismus-noch-zeitgemaess-100.html>

⁷⁰ siehe <https://de.wikipedia.org/wiki/Atomwaffensperrvertrag>

⁷¹ siehe https://www.icanw.de/wp-content/uploads/2021/09/Impulse_fuer_ein_atomwaffenfreies_Deutschland_August_2021.pdf, S. 38

⁷² siehe Klaus Moegling, Eine neue Weltordnung ist (noch) möglich, 2020, <https://www.klaus-moegling.de/aktuelle-auflage-neuordnung/>

⁹⁵ siehe <https://taz.de/Waffenexperte-ueber-Russlands-Aggression!/5838971/>

12

Fokus Überwindung der Klimakrise

Es ist weithin bekannt, dass wir die Klimakrise, die unser aller Sicherheit und Leben weltweit existentiell bedroht, nur gemeinsam mit Russland bewältigen können.

Auch von dieser Seite her ist dringende Eile geboten, den aktuellen Krieg in der Ukraine auch unter zeitweisem Verzicht des Souveränitätsrechts der Ukraine zu beenden. Die Lösung der Klimakrise ist wichtiger als ein scheinbares Verlieren des aktuellen Kräftemessens zwischen Wladimir Putin und der NATO.

Angesichts der bisher schon 16fachen Überlegenheit der NATO-Staaten bei den Militärausgaben im Vergleich mit Russland können wir alle durch ein militärischen Nachgeben im aktuellen Ukrainekrieg mit weitgehender Erfüllung der Forderungen Präsident Putins deutlich mehr gewinnen als verlieren.



„Eine ökologische Energiekooperation mit Russland ist von „höchster friedenspolitischer Bedeutung. Es liegt im Interesse Europas, Russland dabei zu unterstützen, aus der Abhängigkeit seiner Ökonomie von fossilen Energien herauszukommen. Andernfalls besteht keine Chance, die Pariser Klimaziele zu erreichen.“

Andreas Zumach, unabhängiger Journalist, auf der 9. Rheinischen Friedenskonferenz am 2. März 2022⁹⁶

⁹⁶ siehe <https://ev-akademie-rheinland.ekir.de/inhalt/rueckblick-auf-die-9-rheinische-friedenskonferenz/>

Rethinking Security Report 2022

Unser zur Münchner Sicherheitskonferenz am 18. Februar 2022 veröffentlichter (deutschsprachiger) 50-seitiger Bericht „Turning the Perspective - Overcoming Helplessness“ ist in zahlreichen Punkten weiter aktuell und sei allen Interessierten ans Herz gelegt.⁷³

Peace for Future

Nicht zuletzt aufgrund des aktuellen Krieges in der Ukraine erleben wir ein hohes Interesse an unserem Peace for Future-Netzwerk⁷⁴ und dessen Friedens-Mentor*innen-Ausbildung.⁷⁵

Zu diesem Pilotprojekt in Kooperation mit der Ev. Kirche in Essen gibt es schon lange vor Anmeldeschluss fast dreimal so viele Anmeldungen wie Plätze.

Dieses von den Trägerorganisationen unserer Initiative⁷⁶, zahlreichen PrivatspenderInnen, dem Kirchlichen Hilfswerk Misereor⁷⁷ und der Stiftung Kraft der Gewaltfreiheit⁷⁸ getragene und geförderte Projekt wollen wir in den nächsten zwei Jahren entsprechende des steigenden Bedarfs bundesweit stark ausbauen.

Nach zwei Jahren Pandemie-Erfahrung und angesichts der aktuellen Weltkriegsgefahr erleben junge Menschen mit dem Ukraine-Krieg und der damit verbundenen existentiellen Unsicherheit gerade eine dritte traumatisierende Erfahrung.

Wir bieten ihnen mit der Ausbildung zum/r FriedensmentorIn einen Safe Space, in dem sie sich in einer offenen und gut gehaltenen Atmosphäre miteinander austauschen und dabei Überwindung von Ohnmacht, Wut und Verzweiflung finden können.

Die Ausbildung bietet Zugang zum Konfliktverhalten im persönlichen Bereich (von häuslichen/familiären Konflikten bis zum Umgang mit häuslicher sexueller Gewalt), Schule, Ausbildung und Betrieb, um sich in diesen Bereichen konflikt sensitiv bewegen zu können.



Ich finde die Initiative Sicherheit neu denken sehr wichtig und unterstütze insbesondere die Arbeit mit jungen Menschen zu den Themen Frieden und Sicherheit.“

Aeham Ahmad, Pianist aus den Trümmern von Damaskus, 16.07.2021⁹⁷

⁷³ siehe <https://www.sicherheitneudenken.de/rethinking-security-report-2022/>

⁷⁴ siehe <https://peace4future.de>

⁷⁵ siehe <https://peace4future.de/friedensmentoren/>

⁷⁶ siehe <https://www.sicherheitneudenken.de/mach-mit/prominente-unterstuetzer/organisationen-initiativen/>

⁷⁷ siehe <https://www.misereor.de/>

⁷⁸ siehe <https://kraft-der-gewaltfreiheit.org>

⁹⁷ Unterstützungsschreiben für das Projekt peace4future.de

Die Ausbildung befähigt zudem, das im persönlichen Konfliktverhalten Erfahrene, Erlebte und Verstandene zu übertragen auf gesellschaftliches, strukturelles und internationales Konfliktgeschehen - und sich in diesen Kontexten (u.a. auch in direktem Kontakt mit ParlamentarierInnen) entsprechend einzubringen (bis hin zu entsprechenden Berufsentscheidungen).

Junge Menschen finden so eigene konstruktive Handlungsimpulse und setzen diese aus dem gemeinsamen Seminarerleben heraus in konkrete selbstgewählte Projekte des Gelingens um. In diesen Projekten und dem sich aus den Ausbildungen und professionell gecoachten Projekten bildendem bundesweitem (und perspektivisch auch internationalem) Netzwerk erfahren sie Selbstwirksamkeit.

Dieses Setting aus Methodik, Aufbau und Nachhaltigkeit sind die Alleinstellungsmerkmale dieses Ansatzes, in den das Friedens-Know How von 44 Organisationen und zahlreicher junger studierter Friedens- und KonfliktforscherInnen eingeht.



www.peace4future.de

Spenden

Wir freuen uns, wenn Sie unser Peace for Future Projekt mit einer einmaligen oder einer Dauerspende unterstützen.

Weitere Informationen, die Kontoverbindungen und die Möglichkeit zum Online-Spenden finden Sie auf unserer Homepage unter

<https://www.sicherheitneudenken.de/mach-mit/ich-spende>

Sicherheit neu denken – gerade jetzt!

Das Centre for Feminist Foreign Policy (CFFP) mit Sitz in London und Berlin kritisiert zu Recht den „Rise of Authoritarian Strongmen“ als Ausdruck überholter traditioneller Außen- und Sicherheitspolitik.⁷⁹

Zukunftsfähige Außen- und Sicherheitspolitik strebt Gesellschaften an, in denen Rechte, Ressourcen und Macht fair verteilt und patriarchale Machtstrukturen und Denkmuster überwunden sind.⁸⁰

Dementsprechend beschreibt das 2018 im Auftrag der Evangelischen Landeskirche in Baden herausgegebene Szenario „Sicherheit neu denken – von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik“ in drei Szenarien mögliche Positiv-, Trend- und Negativ-Entwicklungen deutscher und europäischer Ziviler Sicherheitspolitik bis zum Jahr 2040.⁸¹

Die aktuelle Entwicklung folgt eindeutig den Beschreibungen im Negativszenario. Gleichwohl bleibt die Entwicklung hin zu einer kooperativen zivilen und nachhaltigen Sicherheitspolitik in Europa bis zum Jahr 2040 möglich.

Das Szenario zeigt auf, wie die vielfältigen bereits bestehenden Ansätze für eine zivile Sicherheitspolitik zukünftig konsequent weiter ausgebaut werden können – und beschreibt dazu fünf Pfeiler ziviler Sicherheitspolitik:

1. Gerechter Wirtschafts- und Lebensstil
2. Nachhaltige Entwicklung der EU-Anrainerstaaten
3. Entwicklung einer globalen zivilen Sicherheitsarchitektur
4. Resiliente Demokratie
5. Konversion der Bundeswehr und der Rüstungsindustrie

Das Szenario empfiehlt die mittelfristige Aushandlung und Umsetzung einer Wirtschafts- und Sicherheitspartnerschaft mit Russland bzw. der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) sowie Entwicklungspartnerschaften mit der Arabischen Liga (LAS) und der Afrikanischen Union (AU) und sieht entsprechende Umschichtungen im Deutschen Bundeshaushalt ab dem Jahr 2025 vor.



„Kriegerische Gewalt ist ein konstitutiver Bestandteil des Patriarchats. Eine patriarchale Außenpolitik beruht auf Dominanz, Zerstörung und Gewalt.“⁹⁸ „In der feministischen Außenpolitik geht es darum, präventiv und langfristig sichere und stabile Gesellschaftsstrukturen zu schaffen.“⁹⁹

Kristina Lunz, FR und DLF Kultur, 8. März 2022



„Frauen haben eine starke Initiativ-Geschichte und -Wirkung und motivieren u.a. Männer dazu, die Waffen niederzulegen und nicht einzusetzen.“

Dr. Wolfgang Heinrich, Plattform Zivile

⁷⁹ siehe u.a.: Verteidigung - "keine Männersache", tagesschau.de, 13.03.2022, <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/feministische-aussenpolitik-101.html>

⁸⁰ siehe Kristina Lunz, Handelsblatt-Interview, 12.08.2020, <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/management/vordenker/vordenkerin-kristina-lunz-ohne-feminismus-gibt-es-keinen-frieden/26065448.html?share=twitter&ticket=ST-2644211-Qgx7SzSofinVESXm5JKr-ap4>

⁸¹ siehe <https://www.sicherheitneudenken.de/sicherheit-neu-denken-unsere-vision/unsere-szenario/>

⁹⁸ Kristina Lunz im FR-Interview, 08.03.2022, <https://www.fr.de/politik/kristina-lunz-feministische-aussenpolitik-frieden-centreforfeministforeignpolicy-ich-werde-als-dumm-und-naiv-beschimpft-91394203.html>

⁹⁹ siehe <https://www.deutschlandfunkkultur.de/feministische-aussenpolitik-100.html>

Die in diesen Orientierungs-Bausteinen zusammengetragenen Bewertungen des aktuellen Ukraine-Kriegs bestätigen die langfristige Perspektive des Szenarios und unserer Initiative.

Unsere Sicherheit ist nach wie vor von den im Rethinking Security Report 2022⁸² aufgeführten weltweiten Entwicklungen bedroht, die den von uns beschriebenen Paradigmenwechsel hin zu einer zivilen nachhaltigen Sicherheitspolitik unverändert erfordern.

Die durch den brutalen Krieg Wladimir Putins ausgelöste Verunsicherung kann und muss mittel- bis langfristig überwunden werden. Dafür sind im Positivszenario hinsichtlich des in Europa erforderlichen Aufbaus einer Russland und die Ukraine umfassenden Europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung die aktuell umso dringlicher werdenden Perspektiven beschrieben.

Seit 2019 formiert sich auf der Basis des Szenarios Sicherheit neu denken eine bundesweite Initiative für eine nachhaltige Zivile Sicherheitspolitik, die bisher von 41 deutschen und 3 europäischen Organisationen getragen wird.

Diese Impulse wurden von folgenden Mitgliedern des Koordinierungskreises der Initiative verfasst:

Ralf Becker (Evangelische Landeskirche in Baden)

Gerd Bauz (Martin-Niemöller-Stiftung)

Elisabeth Freise (Church and Peace)

Eberhard Müller (EAK Württemberg)

Helmut Müller (AGF - Evangelische Kirche im Rheinland)

Thomas Carl Schworer (DFG-VK Bundessprecher)

Theodor Ziegler

(Forum Friedensethik in der Ev. Landeskirche in Baden)

Andreas Zumach (Unabhängiger Journalist)

Die Impulse stehen ausdrücklich zur freien Verfügung, um sie ohne Copyright wörtlich oder verändert zu übernehmen.

Konfliktbearbeitung,
23.09.2021¹⁰⁰



"Mich begeistern die konkreten Schritte und die positive Vision von „Sicherheit neu denken“.

Deshalb unterstütze ich den Aufruf zur gleichnamigen Bildungskampagne. Friedenspolitik ist weitaus realistischer als die herkömmliche 'Realpolitik'."

Margot Käßmann,
Theologin und Bestseller-Autorin¹⁰¹



"Sicherheit neu denken ist ein begrüßenswerter und notwendiger Teil der neuen Aufklärung, die unsere Welt so dringend braucht."

Prof. Dr. Dr. h.c. mult.
Ernst Ulrich von
Weizsäcker, Ehrenpräsident des Club of Rome⁹⁸

⁸² siehe <https://www.sicherheitneudenken.de/rethinking-security-report-2022/>

¹⁰⁰ siehe https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/252686/2021-09-23_konflikte-mit-ziv-mit-tein-bearbeiten_2_final_.pdf

¹⁰¹ siehe <https://www.sicherheitneudenken.de/mach-mit/prominente-unterstuetzer/prominente/>

Empfehlenswerte Links

[NATO-Ukraine-Russland: Situation und Auswege aus der Sackgasse](#)

Dr. Christine Schweitzer, Infoblatt BSV, 08.02.2022

[Für konsequent friedenslogisches Handeln im Ukraine-Konflikt](#)

Stellungnahme aus der AG Friedenslogik der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

[Das historische Erbe der Ukraine](#), Prof. Dr. Andreas Kappeler, 2010

[Friedenslogische Reflexion in Deutschland verwendeter Narrative über den Krieg in der Ukraine](#), Cora Bieß und Dr. Marcel Vondermaßen, 10.03.2022

[Wir müssen den Krieg vom Frieden her denken](#),

Cora Bieß und Dr. Marcel Vondermaßen, 10.03.2022

[Plädoyer von Egon Spiegel für eine Wende zur Gewaltlosigkeit](#)

Es ginge auch anders: Nutzen wir die Expertise der Friedensforschung!, 12.03.2022

[Ist Pazifismus noch zeitgemäß?](#), Tilman Brück, 03.03.2022

[„Das Angebot hat nicht gereicht“](#), Prof. Dr. Johannes Varwick, 23.02.2022

[Acht Punkte zum Angriff auf die Ukraine aus friedenspolitischer Sicht](#)

Werner Wintersteiner, 25.02.2022

[Wir müssen raus aus der Logik der Eskalation](#), Martin Tontsch, 24.02.2022

[Die Macht gewaltlosen Widerstands](#), Benjamin Isaak-Krauß, 10. März 2022

[Soziale Verteidigung und Gewaltfreier Aufstand Reloaded - Neue Einblicke in Zivilen Widerstand](#), Dr. Christine Schweitzer, Februar 2015

[Friedenslogik statt Sicherheitslogik. Theoretische Grundlagen und friedenspolitische Realisierung](#), Prof. Dr. Hanne Margret Birckenbach und Sabine Jaberg, 2014

[Putins Krieg, Russlands Krise](#), Andreas Zumach, 10. März 2022

[Zeitenwende?](#), Dr. Corinna Hauswedell, März 2022

[Der Westen trägt eine Mitverantwortung für die Ukraine-Krise](#), Wolfgang Richter, 05.09.2016

[Ukraine im Nato-Russland-Spannungsfeld: Sicherheitsvereinbarungen und Rüstungskontrolle müssen wiederbelebt werden](#), Wolfgang Richter, 11.02.2022

[In der Ukraine könnte der Grundstein für eine neue gesamteuropäische Friedensordnung gelegt werden](#), Michael von der Schulenburg, 01.02.2022

[Appeasement muss kein Fehler sein](#), Rüdiger Lüdeking, 22.01.2022

[Berliner Memorandum „Sicherheit neu denken – Wege des Friedens in Europa“](#), Ines-Jacqueline Werkner et al., 2017

Audios

[Mit bloßen Händen](#), DLF, 15.03.2022 (4 Minuten)

[Frieden Machen Menschen](#), DLF, 28.02.2022 (4 Minuten)

Friedenslogik

	 SICHERHEITSLOGIK	 FRIEDENSLOGIK
 Was ist das Problem?	Bedrohung, Gefahr, Unsicherheit <i>Handlungen orientieren sich an:</i> Gefahrenabwehr und Verteidigung	Gewalt, die stattfindet oder bevorsteht <i>Handlungen orientieren sich an:</i> Gewaltprävention und Gewaltabbau
 Wodurch ist das Problem entstanden?	Durch Andere/von außen kommend <i>Handlungen zielen auf:</i> Schuldzuschreibung, Wahrung eigener Interessen	Als Folge komplexer Konflikte <i>Handlungen zielen auf:</i> Konflikttransformation auf der Grundlage einer komplexen Konfliktanalyse – eigene Konfliktanteile einbeziehend
 Wie wird das Problem bearbeitet?	Durch Verteidigung und Selbstschutz <i>Handlungsansätze sind:</i> Abschottung, Ausbau des Sicherheitsapparats, Drohungen bis hin zum Einsatz von Gewaltmitteln	Durch kooperative Konfliktbearbeitung <i>Handlungsansätze sind:</i> Deeskalation, Schutzmaßnahmen für Opfer, gewaltlose Konfliktbearbeitung – dialogverträglich und prozessorientiert
 Wodurch wird eigenes Handeln gerechtfertigt?	Mit dem Vorrang eigener Interessen <i>Rechtfertigung führt zu:</i> Relativierung, Unterordnung und Anpassung von Normen an eigene Interessen	Mit der Universalität von Menschen- und Völkerrecht <i>Rechtfertigung führt zu:</i> Werteorientierter Hinterfragung eigener Interessen und ihre Modifikation im Sinne der globalen Normen
 Wie wird auf Scheitern und Misserfolg reagiert?	Mit Selbstbestätigung, ohne Selbstkritik <i>Handlungsfolge ist:</i> Verschärfung der bisher eingesetzten Mittel oder Rückzug in die Passivität	Mit offener, kritischer Reflexion <i>Handlungsfolge ist:</i> Einräumung von Problemen bzw. Fehlern und Suche nach gewaltfreien Alternativen

